



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

33. Sitzung vom 15. Juni 2020

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 22.23 Uhr

Leitung: Susanna Keller (Präsidentin)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Urs Hauri, Irene Karoussos

Verspätet: Peter Heiz (ab 19:05 Uhr), Stephan Meyer (ab 19:15 Uhr), Peter Sala (ab 19:25 Uhr), Marc Schinzel (ab 19:30 Uhr), GR Barbara Jost (ab 19:05 Uhr)

Präsidentin:

Susanna Keller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen der Präsidentin

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP heisst alle herzlich willkommen zur letzten Sitzung in der Legislatur XII. Den Anwesenden steht heute ein vollbepacktes Programm bevor, deswegen möchte sie sofort beginnen. Die Präsidentin begrüsst alle Einwohnerrätinnen und -räte, Gemeindepräsident Mike Keller, alle weiteren Mitglieder des Gemeinderats, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Linda Gerstner für das Protokoll und die Bedienung der Abstimmungsanlage und die Vertreter der Presse. Herr Zenklusen darf auf Beschluss des Büros zu Beginn der Sitzung Fotos machen. Er wird im Binninger Anzeiger berichten, wie der Saal während der Corona-Massnahmen aussieht.

Entschuldigt sind Urs Hauri, Grüne, und Irene Karoussos, FDP. Gemeinderätin Barbara Jost wird sich etwas verspäten. Zu Beginn der Sitzung fehlen zudem Peter Heiz, Stephan Meyer, Peter Sala und Marc Schinzel, alle FDP. Damit sind aktuell 34 Ratsmitglieder anwesend.

Die Sitzung darf stattfinden, jedoch ohne Gäste und Besuchende. Die Ratsmitglieder sind angehalten, sich an die Hygienevorschriften zu halten. Die Votantin möchte nicht mehr dazu sagen. Die Regeln sind bereits bekannt von der letzten Sitzung. Da die Einwohnerratssitzung ohne Gäste durchgeführt werden muss, wird ein Tonprotokoll der Sitzung auf der Webseite aufgeschaltet. Sie fordert die Anwesenden auf, nach der Sitzung einzeln den Saal zu verlassen und den 2 Meter Abstand jeweils einzuhalten. Es wird auch dieses Mal keine Pause geben.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 209, Dringliche Interpellation S. Abt, SP: Plakatierung an Gemeindestandorten

Präsidentin Susanna Keller, SVP teilt mit, über die Dringlichkeit müsse abgestimmt werden. Es braucht dafür eine Zweidrittelmehrheit.

Simone Abt, SP erklärt, es sei ja so, dass man nicht mehr plakatiert möchte und sollte. Dadurch muss man sich überlegen, welche Plakate in welcher Anzahl von wem und wo ausgehängt werden. Wenn es eine Wahl gibt, wie die anstehende, dann ist es kein Problem. Das wurde auch sehr gut gemacht. Darauf bezieht sich die Interpellation nicht. Es geht der Votantin viel mehr um Vorlagen, bei denen es ein Ja und ein Nein gibt. Wie wird dann bemessen, wie viele Ja-Plakate ausgehängt werden und wie viele Nein? Ist die Aufteilung zwingend 50:50, da es ja ein Entweder-oder-Entscheid ist, oder kann man hier mitbestimmen? Vielleicht je nach Partei: Wir hätten gerne ein Ja, wir gerne ein Nein. Wird auf diese Art gezählt resp. zählen diese Faktoren auch? Die Interpellantin findet, diese Fragen seien von öffentlichem Interesse und gehöre durchaus hier auf den Tisch. Daher hat sie den Vorstoss eingereicht und bittet die Anwesenden, die Dringlichkeit zu unterstützen. Es geht einfach darum, Antworten zu erhalten. Die nächste Abstimmung, die bevorsteht, ist sicherlich interessant, auch unter diesem Gesichtspunkt.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 25 JA, 7 NEIN, 3 Enthaltungen (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der Interpellation von S. Abt, SP: «Plakatierung an Gemeindestandorten» wird beschlossen.

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt am Schluss der Sitzung.

Bereinigung der Traktandenliste

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP führt aus, das Büro stelle dem Einwohnerrat den Antrag, den Vertrag zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch (2. Lesung) und den Zwischenbericht der SpezKo Immobilien-Strategie gleich nach der Rechnung zu behandeln und die Traktandenliste entsprechend anzupassen.

ABSTIMMUNG

Anpassung der Traktandenliste: 35 JA (Abstimmung 02)

://: Die Änderung der Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 25.05.2020	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.03.2020 Jahresbericht 2019 und Leistungsberichte 2019 Geschäftskreisführung: Christoph Anliker Bericht der GRPK zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2019	198 198A
3. Bericht / Antrag der Spezialkommission Versorgungsregion Vertrag zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch (2. Lesung)	141
4. Bericht der SpezKo Immobilien-Strategie vom 20.02.2020 Zwischenbericht SpezKo Immobilien-Strategie	108
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.05.2020 Legislaturprogramm 2016 - 2020 des Gemeinderats: Schlussbericht Geschäftskreisführung: Mike Keller	207
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.05.2020 Rückständebericht 2020 Geschäftskreisführung: Mike Keller	208
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.05.2020 Investitionskredit Sanierung Pausenplatz Schulanlage Neusatz Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	206
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.05.2020 Totalrevision GGA-Reglement, neu Kabelnetzreglement Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	204
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.04.2020 Genehmigung von Abrechnungen diverser Investitionskredite Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	200

10.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.05.2020 Energiestrategie - Bericht 2018 u. 2019 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	205
11.	Bericht des Gemeinderats vom 21.01.2020 Interpellation G. Löhr, SP: Brandruine Kernmattstrasse – Wie lange noch? Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	169
12.	Bericht des Gemeinderats vom 07.01.2020 Interpellation SP-Fraktion: Fernwärme mit erneuerbarer Energie Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	180
13.	Bericht des Gemeinderats vom 07.01.2020 Interpellation D. Zimmermann, FDP: Binningen muss Bauzonen aufgeben? Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	184
14.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.02.2020 Postulat R. Büchelin, SP: Ladestationen für Elektrofahrzeuge Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	129
15.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.04.2020 Motion D. Zimmermann, FDP: Werterhaltung ist planbar Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	84
16.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.05.2020 Postulat D. Zimmermann, FDP: Sicherheit im Strassenraum Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	183
17.	Bericht des Gemeinderats vom 26.05.2020 Interpellation D. Zimmermann, FDP: Rückbau Gasnetz Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	189
18.	Diversa	

Die Präsidentin informiert, die offiziellen Traktanden sollen heute bis 21:50 Uhr behandelt werden. Anschliessend wird die Interpellation von Simone Abt beantwortet und es gibt einen kleinen offiziellen Verabschiedungsteil. Später wird es noch eine ehrenvolle Verabschiedung geben. Sie wird dies in ihrem Schlusswort erläutern.

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 25.05.2020

Präsidentin Susanna Keller, SVP teilt mit, das Protokoll wurde im Einwohnerratsbüro genehmigt und verabschiedet. Sie bedankt sich bei der Verfasserin Linda Gerstner.

Thomas Hafner, CVP möchte nicht pedantisch sein. Da das letzte Protokoll die Nummer 30 hatte, ist er der Meinung, das Protokoll vom 25. Mai 2020 sollte die Nummer 31 tragen. Er wäre froh, wenn man dies noch verifizieren könnte.

Die Präsidentin erklärt, die kurzfristig abgesagte Sitzung habe auch eine Nummer erhalten. Daher trägt das Protokoll die Nummer 32.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 198 und 198A

Jahresbericht 2019 und Leistungsberichte 2019

Bericht der GRPK zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2019

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

GRPK-Präsident Karl J. Heim, CVP beginnt mit den Dankesworten. Die Analyse der Rechnung und der Leistungsberichte durch die GRPK ist nie ein Zuckerschlecken, obwohl die Rechnung dieses Mal wiederum mit einem dünnen Zuckerguss appetitlich verschönert ist, nämlich durch einen kleinen positiven Abschluss. Diesen könnte man auch als dunkelschwarze Null qualifizieren, aber ohne damit Sparanstrengungen der Behörden schmälern zu wollen. Ebenfalls darf festgestellt werden, dass Gemeinderat und Verwaltung sehr gute Arbeit geleistet haben, was die Vorlage dieses blauen Wälzers anbelangt. Ein grosses Merci geht insbesondere an Gemeinderat Christoph Anliker, aber auch an Finanzchef a.i. Christoph Häfelfinger für eine verbesserte Übersichtlichkeit ohne dass dabei die berühmt berüchtigten Details, worin ja bekanntlich allenthalben der Teufel steckt, vernachlässigt worden wären. Mit der Rechnung 2019 liegt der sechste Jahresabschluss nach HRM2 (harmonisiertes Rechnungslegungsmodell) vor. Das erhöht die Vergleichsmöglichkeit mit den Vorjahren und war insofern für die GRPK und ihre Subkommissionen eine sehr zweckmässige Unterlage. Damit zu seinem letzten wichtigen Dank. Dieser geht an seine Kommission und insbesondere an die Subkommissionen für eine Arbeit, die besonders in diesem Jahr in seinen Augen sehr effizient war. Dankeschön.

Ausgangslage: Erfreulicherweise schliesst die Jahresrechnung 2019 mit einem geringen Ertragsüberschuss von 55 109 Franken wiederum positiv ab. Das bei einem Aufwand von 111,8 Mio. Franken und einem praktisch identischen Ertrag. Besonders hervorheben möchte der Votant die sogenannte finanzpolitische Reserve. Dieser möchte man über 13,1 Mio. Franken zuweisen. Das Instrument wird seine besondere Qualität noch beweisen in finanzpolitisch schwierigeren Jahren, die ganz sicher wieder kommen werden. Positiv zu erwähnen sind im Weiteren die Vorfinanzierungen für die Hallenbadsanierung, 10 Mio. Franken, und für den Werkhofneubau, 5 Mio. Franken. Was der Kommission aber etwas

sauer aufstösst, man könnte fast sagen mit dem Refrain «alle Jahre wieder», ist der berüchtigte Investitionsstau. So wurden von den vorgesehenen bereitgestellten fast 6,5 Mio. Franken lediglich 2,5 Mio. Franken effektiv investiert. Zur Investitionsrechnung empfiehlt die GRPK dem Parlament daher dringend, die Verzögerungen und Erklärungen, die der Gemeinderat dazu abgibt, genau zu prüfen und wenn nötig etwas Dampf zu machen. Schliesslich steht auch die Bilanzstruktur von Binningen sehr gut da. Das Nettovermögen pro Einwohner beträgt z.B. satte 5023 Franken. Binningen konnte letztes Jahr wiederum auf Sondererträge aus den Steuereinnahmen bauen. Diese haben das Ergebnis hochgeschraubt. Es ist noch ein munter sprudelnder Bach, der aber auch irgendwann einmal zu einem Rinnsal werden kann. Daher ist und bleibt es wichtig, dass der Binninger Bevölkerung im Sinne von Lebensqualität und einer positiven unternehmerischen Investitionsneigung auch weiterhin moderate Steuersätze angeboten werden. Im Weiteren hat auch die Revisionsgesellschaft pwc, die durch die GRPK mandatiert ist, gute Arbeit geleistet resp. sie hat der Verwaltung auch gute Arbeit attestiert. Geprüft hat die pwc im Auftrag der Kommission besonders den Gebäude- und Liegenschaftsunterhalt und die Einhaltung des Datenschutzes. Pwc hat zur Befriedigung der GRPK in diesen Punkten keine Unregelmässigkeiten festgestellt.

Geschäftsprüfung durch die GRPK: Auch in diesem wichtigen Bereich blieb die Kommission keineswegs untätig und hat den Auftrag des Parlaments ernst genommen. Gut, man kann immer mehr machen. Das wird ihm seine Kollegin Gaida Löhr mit einem Augenzwinkern sagen. Besonders genau hat die GRPK folgende Themen angeschaut: 1.) Die Kündigung des Aktionärsbindungsvertrags betreffend InterGGA AG durch die Gemeinde Binningen. In dieser Frage hat die Kommission dem Einwohnerrat am 2. August 2019 den Schlussbericht zur Untersuchung des Geschäfts unterbreitet. Er möchte hier nicht länger werden. Man wird an anderer Stelle (Revision des GGA-Reglements) heute noch darauf zurückkommen. 2.) Die GRPK hat sich mit der Überarbeitung der Leistungsziele der Produktgruppen befasst. Das Ergebnis dieser Arbeiten wird darin bestehen, dass die Kommission auf die Einhaltung der neu formulierten Leistungsziele bei den künftigen Budgetberatungen pochen wird. 3.) Schliesslich hat man das leidige Thema der Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energieträgern in Binningen. Hier musste die GRPK mit einigem Unmut feststellen, dass trotz wiederholter Intervention der Behördenvertreter Binningens, der Energieanbieter Primeo Energie nach wie vor keine Lösung für die vertraglich vereinbarte Lieferung von mindestens 50 Prozent erneuerbarer Energie präsentiert hat. Hic et nunc sollte man nun darauf hinweisen: Es braucht mehr Druck von Seiten des Gemeinderats auf den Energiebetreiber Primeo, damit endlich notwendige Massnahmen für eine zeitgemässe Versorgungspolitik mit Energie und zwar mit erneuerbaren Energieträgern möglichst bald greifen können.

Produktgruppen: Die GRPK wünscht, dass der Gemeinderat inskünftig auch Schwerpunkte seiner politischen Ziele und Leistungen im Jahresbericht auflistet. Nämlich solche, die keinen rein finanzpolitischen Hintergrund haben, sondern klar auf die laufende Geschäftsführung Bezug nehmen. Die Kommission freut sich, dass besonders Gemeindepräsident Mike Keller diesem Anliegen positiv gegenüber steht. Das ist somit auch eines der positiven Ergebnisse der Subkommissionsgespräche mit dem Gemeinderat. In fast allen Produktgruppen wurde gut bis sehr gut gearbeitet, wie die GRPK nicht ohne Befriedigung feststellen darf. In einzelnen Fällen allerdings, Gesundheit und Soziale Dienste, wurden die steuerbaren Ziele nicht ganz erreicht, was aber für die Zukunft sicher noch korrigiert werden kann. Die Kommission freut sich, dass sie dem Parlament mit den vorliegenden GRPK-Kommentaren, nämlich dem Bericht, den wiederum erfreulichen Abschluss präsentieren kann. Das schlägt sich auch in den Anträgen der Kommission nieder. Man sieht darin, dass sie mit der Beurteilung des Gemeinderats weitgehend einig geht.

Bettina Benthous, SP geht sehr einig mit dem Votum des GRPK-Präsidenten. Sie muss zwar einige Sachen nochmals wiederholen, aber als Erste zu wiederholen geht noch. Die SP nimmt den positiven Abschluss der Rechnung 2019 erfreut zur Kenntnis. Sie freuen sich vor allem, dass die 15 Mio. Franken für das Hallenbad und den Werkhof gesprochen werden können und dass es möglich ist, die finanzpolitische Reserve anzulegen. Trotzdem ist zu bedenken, dass es sich bei den Steuereinnahmen um das letzte Jahr eines Sondereffekts handelt. Diese werden einmal enden. Zudem stammen 3,12 Mio. Franken aus Neubewertungen von Liegenschaften, d.h. dieses Geld ist nicht in unserer Kasse. Wie jedes Jahr, dies

hat ihr Vorredner ausführlich erwähnt, gibt es einen Investitionsstau. Es wurden nur 2,5 Mio. von 6,39 Mio. Franken getätigt. Offensichtlich ist es wichtiger, das Nettovermögen der Einwohner zu erhöhen und die Schulden abzubauen, als den Investitionsstau endlich einmal abzubauen, wenn es finanziell schon möglich wäre. Ihr Appell an den Gemeinderat: Investitionen tätigen, zustimmen, beschliessen.

Zu den G-Geschäften möchte die Votantin drei Punkte rausgreifen, die der Fraktion aufgefallen sind. Bei den Personalressourcen fällt die dreifach Besetzung von Bauleitung, Finanzführung und Gemeindeverwaltung auf. Dass Finanzchefin Ingrid Haldimann immer noch nicht ersetzt wurde, wirft Fragen auf, wie das Ressort Finanzen geleitet wird. Was weiter sauer aufstösst ist, dass die zwei Versorgungsunternehmer IWB und Primeo sich vertraglich immer noch nicht einigen konnten und somit die Wärmeschiene Leimental immer noch nicht zu Stande kam. Hier müsste man – wie es Carlo Heim richtig gesagt hat – etwas Druck ausüben. Als letzten Punkt spricht sie die KiTas an. Bei der Finanzierung der KiTas fällt auf, dass die Gemeindebeiträge auch dieses Jahr zurückgegangen sind. Das ist eigentlich aus finanzieller Sicht erfreulich, aber es gibt einige Gründe, die für die SP nicht befriedigend sind. Solange beide Eltern genug verdienen und deswegen keine Gemeindebeiträge mehr beanspruchen, ist dies Ok. Vielleicht sind Familien weggezogen oder Kinder sind aus dem KiTa-Alter rausgewachsen. Auch das ist Ok. Wenn es aber darum geht, dass Mütter, weil sie genau so viel verdienen, dass es sich finanziell nicht mehr lohnt zu arbeiten und sie auch keine finanzielle Unterstützung in Anspruch nehmen können, zu Hause bleiben, dann ist das ganz schlecht. Es wäre schön, wenn man herausfinden könnte, wie viele das sind.

Roman Oberli, SVP dankt namens der SVP der Verwaltung und dem Gemeinderat, insbesondere dem zuständigen Gemeinderat Christoph Anliker, für die Ausarbeitung dieser erfreulichen Rechnung 2019. Ein letztes Mal konnte sich die Gemeinde über die Sondereffekte freuen. Geld, welches in Zukunft nicht mehr reinkommen wird. Daher ist es wichtig, das Geld um- und weitsichtig zu verwenden. Auch die Million des Sparauftrags durch den Einwohnerrat war richtig und wichtig, wenn man die anstehenden Herausforderungen anschaut. Stichwort: Corona und Immobilien-Strategie. Der SVP ist wichtig, dass die bevorstehenden Zeiten ohne neue Steuererhöhungen bewältigt werden können. Sie freut sich, dass der Gemeinderat die neu geschaffene Möglichkeit der Finanzreserve nutzen will. Auch mit den Vorfinanzierungen zeigt sich die Fraktion einverstanden, insbesondere für das in der Bevölkerung beliebte Hallenbad. Um abzuschliessen: Die SVP ist zufrieden mit der Rechnung und wird deshalb allen Anträgen der GRPK bzw. des Gemeinderats zustimmen.

Rahel Amacker, CVP signalisiert, die CVP stimme den Anträgen der GRPK ausnahmslos zu. Die Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die reichhaltige und detaillierte Dokumentation «Jahresbericht 2019 und Leistungsbericht 2019». Ebenso geht ein Dank an die GRPK für ihre stets bedeutende und geschätzte Analyse mit Bericht und Anträgen. Wie im Bericht gleich zu Beginn zu erfahren ist, schliesst die Jahresrechnung 2019 mit einem geringen Ertragsüberschuss von rund 55 000 Franken wiederum positiv ab. Das erfreut auch die CVP. Was die Fraktion, genau wie die GRPK, stört, ist, dass die Gemeinde Nettoinvestitionen von lediglich 2,4 Mio. von vorgesehenen rund 6,4 Mio. Franken getätigt hat. Also viel zu wenig. Sie appellieren an den Gemeinderat, diesen Investitionsstau nun zügig abzubauen. Die CVP ist gespannt auf die entsprechenden Erklärungen des Gemeinderats, falls zukünftig wichtige Investitionen nicht rechtzeitig vorgenommen werden. Positiv möchten sie die Möglichkeit der finanzpolitischen Reserve würdigen. In ertragsarmen resp. defizitären Jahren ist es ein hochwillkommenes Instrument, um zu einer ausgeglichenen Rechnung zu gelangen.

Karin Glaser, Grüne gesteht, auch die Grünen seien begeistert vom Ertragsüberschuss der Rechnung 2019 und finden es toll, dass die Vorfinanzierungen getätigt werden können. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für den sehr übersichtlichen Leistungsbericht. Allfällige Differenzen in den einzelnen Produkten sind gut erklärt und Unklarheiten konnten in der GRPK beseitigt werden. An dieser Stelle möchte sie dem Präsidenten herzlich danken für den Bericht. Das heisst aber nicht, dass die Grünen auch mit allem zufrieden sind. So fragen sie sich nebst dem Investitionsstau und der IWB-Geschichte, die bereits erwähnt wurden, noch bei folgende Punkten nach Lösungen: Ein zweischichtiger Mittagstisch an einem

Standort ist einfach nicht gut. Die Kinder haben alle Heisshunger und sind sicher auch etwas grantig. Dann muss die Hälfte der Kinder warten, bis sie essen gehen darf. Hier sollte möglichst schnell eine Lösung gefunden werden. Ebenso bei der externen Kinderbetreuung. Dort gehen die Zahlen zurück. Das tönt zwar erfreulich, aber ist es, weil keine Nachfrage besteht? Das kann die Votantin fast nicht glauben. Heisst es doch immer, dass es zu wenige Plätze gibt. Oder ist der Preis das Problem? Ist es zu teuer, so dass es für Teilzeitarbeit, die immer noch vorwiegend Mütter betrifft, finanziell eine Nullrunde gibt oder sogar einen Mehraufwand und so nicht attraktiv ist? Leider ist es heutzutage für einen späteren Arbeitseinstieg nur schlecht, wenn man im Job nicht up to date bleiben kann. So wünscht sich die Fraktion auch hier eine aktive Lösungssuche. Ansonsten werden die Grünen allen Anträgen zustimmen.

Daniel Zimmermann, FDP führt aus, die FDP habe vom gemeinderätlichen Bericht zur Jahresrechnung 2019 Kenntnis genommen und dankt der GRPK für die Prüfung des Geschäfts. Das Resultat der Rechnung ist sehr erfreulich und die Einführung der finanzpolitischen Reserve, die der Regierungsrat im Januar 2020 beschlossen hat, kommt für Binningen gerade richtig. Mit dieser Möglichkeit kann der Gemeinderat seine finanzpolitische Steuerung besser umsetzen und die Ergebnisse glätten. Diese Möglichkeit wird für Binningen zukünftig grosse Bedeutung erhalten, denn es stehen in den nächsten Jahren sehr viele Investitionsprojekte zur Diskussion. Sehr erfreut ist die FDP auch über die Ergebnisverwendung von zwei wichtigen Projektvorfinanzierungen, die der Bevölkerung anscheinend sehr wichtig sind. Sowohl der Neubau des Werkhofs Binningen wie auch die Sanierung des Hallenbads muss die Bevölkerung noch absegnen, aber zumindest die Finanzierungen sind garantiert. Aus dieser komfortablen Sicht zur Rechnung 2019 möchte die Fraktion darauf hinweisen, dass in den nächsten Jahren sehr viele Ausgaben anstehen und man in den kommenden Budgets mit Weitsicht und vernünftiger Zurückhaltung bei den Ausgaben daran denkt. Die FDP stimmt allen Anträgen der GRPK zu und dankt dem abtretenden Finanzchef, Gemeinderat Christoph Anliker, für seine hervorragende Arbeit während der letzten 4 Jahre.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP äussert, es sei ein erfreuliches Ergebnis, nachdem in der Budgetdebatte noch heiss diskutiert und eine Million Franken zusammengespart wurde. Die Million wurde gespart und es gab Gott sei Dank noch Sondereffekte, die im Bericht erläutert wurden. So gab es mehr Steuereinnahmen. Das führte dazu, dass 13,1 Mio. Franken in die finanzpolitische Reserve eingelegt werden können, 10 Mio. Franken in die Vorfinanzierung des Hallenbads und 5 Mio. Franken in die Vorfinanzierung des Werkhofs. Das ist die Idee des Gemeinderats, weil es wichtige Projekte sind, die angegangen werden müssen. Ebenso ein Grund für das Ergebnis ist die Auflösung von Rückstellungen und die Neubewertung von Liegenschaften. Details dazu sind im Bericht auf Seite 8 und 9 ersichtlich. Das Jahr 2019 war ein tolles Jahr auch in Bezug auf die Börse. Das zeigt sich in den Steuereinnahmen und in der Zunahme der Vermögenssituation. Hier ist man gespannt, wie dies in Zukunft weiter gehen wird. Die Kennzahlen sind aktuell sensationell, können aber auch wieder schlechter werden. Es ist eine Momentaufnahme.

Bevor er zum Ausblick kommt, möchte der zuständige Gemeinderat die Fragen beantworten. Zuerst zum meist genannten Thema Investitionsstau: Er weiss nicht, ob die Anwesenden die Seiten 25-27 nicht angeschaut haben. Dort wird ganz klar ausgewiesen, was geplant ist und wie es geplant ist. Zudem wird darauf hingewiesen, weshalb gewisse Sachen nicht voran gegangen sind. Es wird z.B. von der Rückweisung gesprochen, die es gab, von Geschäften, die in Kommissionen überwiesen wurden und von diversen politischen Prozessen, die am Laufen sind. Man kann hier nicht von einem Investitionsstau sprechen, sondern es ist ein politisch beeinflusstes Geschäft. Man muss auch mit sich selbst etwas kritisch sein. Wenn die Geschäfte nicht durchgewunken werden, ist nicht der Gemeinderat der Böse, sondern der Rat hat die Investitionen verhindert. Der Gemeinderat kann nicht einfach mit der Umsetzung beginnen. Er muss sich an Regeln halten. Der Investitionsstau, wie er formuliert wurde, stimmt so nicht. Zum Thema KiTa wird möglicherweise die zuständige Gemeinderätin noch etwas sagen. Es ist richtig, dass die Zahlen rückläufig sind. Es ist aber auch so, dass die Gründe dafür sehr schwer herauszufinden sind.

Damit kommt er zum Ausblick. Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Dass man nun eine finanzpolitische Reserve bilden kann, ist sehr toll. Selbstverständlich ist dies für die Zukunft eine Möglichkeit, das Ergebnis zu verbessern resp. zu schönen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass Binningen ein hervorragendes Eigenkapital hat. Es ist eine neue Eigenkapitalstruktur. Es sind 13 Mio. Franken in der finanzpolitischen Reserve und zudem 24,7 Mio. Franken im Bilanzüberschuss. Das heisst, auch wenn die Gemeinde einmal ein Minus machen würde, was in diesem Sinn ja auch nichts Schlechtes ist, hat sie Geld auf der Seite, um das abzufangen. Man muss es nicht unbedingt gleich mit der finanzpolitischen Reserve ausgleichen, um mit einer schönen Null dazustehen. Er möchte dies als eindringlichen Appell für die Zukunft verstanden wissen. Die finanzpolitische Reserve soll, wie der Name sagt, finanzpolitisch sein. Sie kann aber z.B. auch für das schon lange bestehende Thema Finanzausgleich verwendet werden. Das Ergebnis wird so sein, dass Binningen nächstes Jahr einen höheren Finanzausgleich zahlen müssen resp. zahlen dürfen. Mit der finanzpolitischen Reserve besteht die Möglichkeit, die Zahlung auszugleichen und eine Möglichkeit zu schaffen, eine quasi – quasi, weil es ja nicht ganz so ist – periodengerechte Verbuchung des Ergebnisses zu machen. Die 15 Mio. Franken für die Vorfinanzierungen, also 10 Mio. Franken für das Hallenbad und 5 Mio. Franken für den Werkhof führen dazu, dass in den Gesamtvorfinanzierungen über 50 Mio. Franken liegen. Die Gemeinde Binningen hat 50 Mio. Franken für Vorfinanzierungen, also für die Abschreibungen, um die Erfolgsergebnisse, wenn die Investitionen kommen, wieder zu glätten. Auch hier steht die Gemeinde hervorragend da. Der Ausblick aufgrund der aktuellen Situation ist sehr schwierig. Man muss warten, was noch kommen wird. Was man aber mitnehmen kann ist: Die Gemeinde Binningen steht – Stand heute, gemäss dem Abschluss – hervorragend da und ist bestens gewappnet für die Zukunft.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP sagt gerne auch hier im Rat ein paar Worte zum Thema KiTa. Seit der Umstellung von der Objekt- auf die Subjektfinanzierung geht die Zahl zurück. Die Gemeinde gibt hier tatsächlich Jahr für Jahr weniger Geld aus. Die Subko fühlt ihr dort jedes Jahr auf den Zahn. Es ist leider so, dass sie viele der Fragen nicht beantworten kann, da es der Gemeinderat schlichtweg nicht weiss. Er weiss nicht, wie viele Personen sich entscheiden, ihr Kind nicht in die KiTa zu geben, sondern nicht zu arbeiten, weil es sich nicht lohnt. Er weiss auch nicht, wie viele Personen ihre Kinder in eine KiTa geben und es selbst bezahlen. Diesen Überblick hat der Gemeinderat nicht. Die KiTas sind der Gemeinde gegenüber keine Rechenschaft schuldig. Wenn man sie anfragt, erhält man gewisse Zahlen. Andere KiTas geben keine Antwort. Der Gemeinderat hat nur den Überblick über die Familien, die sich bei der Gemeinde melden, subventionierte Plätze anfordern und diese dann auch erhalten. Das ist die Zahl, die rückläufig ist. Es ist sicher so, dass man dem Ziel der Vereinbarung von Familie und Beruf mit dem Reglement noch mehr nachkommen könnte. Wenn man etwas ändern möchte, müsste man das Reglement in die Hand nehmen und schauen, ob es Möglichkeiten gibt. Ob man entweder wirklich die Einkommenshöchstgrenze anpassen will und mit der Finanzierung einen anderen Weg gehen möchte oder man überlegt sich, wie man den Standort für die KiTas attraktiver machen kann. Es ist nicht so, dass es grundsätzlich zu wenige Plätze gibt. Aber es sind durchaus Überlegungen, die man sich machen könnte. Dann müsste man aber das Reglement in die Hand nehmen.

Daniel Zimmermann, FDP möchte die Beantwortung vom zuständigen Gemeinderat Christoph Anliker nicht so im Raum stehen lassen. Das Thema Investitionsstau kann man auch anders nennen. Aber wenn man die Zahlen anschaut, möchte er doch noch zwei Ergänzungen machen. Das eine ist, dass tatsächlich 1,3 Mio. Franken auf politische Prozesse zurückzuführen sind. Aber genauso sind 1,5 Mio. Franken auf kompliziertere Abklärungen und Ressourcenprobleme zurückzuführen. Das sind zusammen fast 3 Mio. Franken. Dann gibt es noch 1 Mio. Franken, bei der sonst irgendwelche Sachen nicht planmässig gelaufen sind. Man kann es nicht der Politik in die Schuhe schieben, dass die Investitionen nicht getätigt werden konnten. Es war auch eine Fehleinschätzung der Planung und des Ressourceneinsatzes.

Thomas Schwarb, Grüne teilt mit, auch er fand den ersten Jahresbericht, den er studieren durfte, hervorragend. Er hätte aber noch ein paar Wünsche und zum Schluss eine Frage zu unterschiedlichen Zahlen. Das eine betrifft die Ziele und wurde bereits von der GRPK genannt. Es wäre schön, wenn man die

Ziele etwas einheitlicher strukturieren würde, sodass es auch überall steuerbare Ziele gibt, die es wahrscheinlich auch überall geben müsste. Es wäre auch schön, wenn es zu den Zielen eine quantifizierte Beurteilung geben würde. Er weiss, das ist schwierig. Es wäre aber als Prozess gut. Das Ganze heisst Jahresbericht und nicht Finanzbericht. Hier würde der Votant erwarten, dass bspw. Kennzahlen zum Personal drin wären, so wie man es von Bund oder Kanton auch kennt. Das fände er super. Er betont, dass er den Bericht an sich sehr gut findet. Was ihm aber fehlt, ist eine Aussage zur Auslastung der Gemeinderäte. Es ist ein Milizpolitisches System. Die Gemeinderäte werden mehr finanziert als die Einwohner, daher wäre es in seinen Augen wichtig, dass man etwas darüber weiss, wie sich die Entschädigung und Arbeitslast gegenüber stehen. Das muss nicht nach präziser Erhebung gemacht werden, wäre aber noch zweckmässig. Er sieht, dass dieser Input zur Erheiterung führt und möchte darauf hinweisen, dass es seine berufliche Ausrichtung ist, in diesem Bereich zu arbeiten. Damit kommt er zu seiner Frage: Es wurden dreimal die Neubewertungsreserven genannt mit unterschiedlichen Zahlen. Einmal 3,12 Mio. Franken und einmal 3,05 Mio. Franken. Hier wäre es spannend zu wissen, wie sich das erklärt.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP beginnt bei der Beantwortung mit dem Punkt der einheitlichen Struktur der Ziele. Das ist eine never ending story. Als der Redner vor über 12 Jahren hier angefangen hat, war das Thema Ziele bereits ein Thema und es ist es heute noch. Das Ganze ist in Veränderung. Man muss bereit sein, die entsprechende Arbeit zwischen GRPK und Gemeinderat zu machen und relativ viel zu investieren. Es gibt durchaus die Möglichkeit, weitere Leistungsziele etc. einzuführen. Aber man muss ganz ehrlich sein und schauen, ob die Ziele Sinn machen und es nicht nur darum geht, einfach ein Ziel zu haben. Es gab schon Ziele, die standen einfach da, damit man ein Ziel hat. Das macht keinen Sinn. Es war auch schon immer ein Thema, dass die Ziele messbar sind und die Verwaltung nicht mit Zielen beauftragt wird, die gar keinen Nutzen haben nur damit eine Zahl da steht. Dies möchte er einfach auf den Weg geben. Das Thema Ziele ist ein wichtiges Thema und man muss im Zusammenhang mit WOV verstehen, dass man damit steuern kann. Es ist ein essentielles Thema, das man in Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat, GRPK und Einwohnerrat angehen muss, vor allem aber auch in den entsprechenden Subkos.

Zum Thema Personal verweist der Votant auf die Seiten 107-110, auf denen der Stellenplan mit den Veränderungen abgebildet ist. Gleichzeitig gibt es dort Lohnsummenvergleiche. Wenn man weitere Wünsche hätte, dürfen diese sicher angebracht werden. Das kann man dann anschauen. Zum Thema Auslastung des Gemeinderats: Grundsätzlich gibt es ein Reglement, welches regelt, wer was erhält. Jeder Gemeinderat erhält ein Fixum plus die Vergütung der Sitzungsstunden. Der Rest ist im Fixum abgegolten. Die Details sind in der Rechnung unter dem Punkt Gemeinderat enthalten. Dort sieht man, wie teuer der Gemeinderat in diesem Jahr war und kann relativ schnell herausfinden, wer was verdient. Zum Schluss kommt er noch zur Frage der Neubewertungsreserve. Auf Seite 9 ist der Betrag von 3,12 Mio. Franken zum ersten Mal erwähnt. Auf Seite 15 sind es nur noch 2,9 Mio. Franken. Beim ersten Mal redet man von der effektiven Neubewertung, beim zweiten Mal vom Finanzertrag, wo die Neubewertung reinfliesst. Die Differenz sind die negativen Zinsen der Bank, die den Finanzertrag mindern. Das ist die Erklärung der Differenz. In der Geldflussrechnung kommt die Neubewertungsreserve nochmals vor. Hier müsste er noch abklären, woher die Differenz kommt.

DETAILBERATUNG

Produktgruppe 1: Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 2: Finanzen, Steuern

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 3: Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 4: Kultur, Freizeit und Sport

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 5: Bildung

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 6: Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 7: Soziale Dienste

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 8: Verkehr, Strassen

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 9: Versorgung, Umwelt

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 10: Hochbau und Ortsplanung

Keine Wortmeldungen.

Leistungszentren 1-6

Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG

- Antrag 1 der GRPK: 38 JA (Abstimmung 03)
- Antrag 2 der GRPK: 37 JA (Abstimmung 04)
- Antrag 3 der GRPK: 38 JA (Abstimmung 05)
- Antrag 4 der GRPK: 37 JA (Abstimmung 06)
- Antrag 5 der GRPK: 38 JA (Abstimmung 07)
- Antrag 6 der GRPK: 38 JA (Abstimmung 08)
- Antrag 7 der GRPK: 37 JA / 1 NEIN (Abstimmung 09)
- Antrag 8 der GRPK: 38 JA (Abstimmung 10)
- Antrag 9 der GRPK: Kenntnisnahme
- Antrag 10 der GRPK: Kenntnisnahme

BESCHLUSS

://: Folgende Anträge werden angenommen:

1. Die Leistungsberichte werden genehmigt.
2. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand / Nettoertrag von insgesamt 43 038 058 Franken für folgende Produktgruppen werden genehmigt (gerundet):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 027 708
- Steuern	CHF	874 652
- Gesundheit	CHF	9 878 564
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 708 085
- Bildung	CHF	16 440 438
- Öffentliche Sicherheit	CHF	1 102 691

- Soziale Dienste	CHF	8 244 330
- Verkehr, Strassen	CHF	2 784 484
- Versorgung, Umwelt	CHF	851 995
- Ortsplanung, Baugesuche	CHF	–2 874 888

3. Die Positionen ausserhalb der Globalrechnung mit einem Nettoertrag von insgesamt 43 093 166 Franken werden genehmigt.
4. Die Laufende Rechnung 2019 mit Aufwendungen von 111 782 618 Franken, Erträgen von 111 837 727 Franken und einem Ertragsüberschuss von 55 109 Franken (gerundet) wird genehmigt.
5. Der Einwohnerrat genehmigt die Einlage in die Vorfinanzierung für die Sanierung des Hallenbades im Betrag von 10 000 000 Franken und die Vorfinanzierung für den Neubau Werkhof im Betrag von 5 000 000 Franken.
6. Der Einwohnerrat genehmigt die Einlage in die finanzpolitische Reserve im Betrag von 13 100 000 Franken.
7. Ergebnisverwendung
Der Ertragsüberschuss 2019 von 55 109 Franken wird wie folgt verwendet:
Verrechnung mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals.
8. Die Bilanz 2019 mit Aktiven und Passiven von jeweils 161 527 609 Franken wird gemäss Anhang XVI und Anhang XVII genehmigt.
9. Die Investitionsrechnung 2019 mit Ausgaben von 2 506 016 Franken, Einnahmen von 148 066 Franken und Nettoinvestitionen von 2 357 950 Franken (gerundet) wird zur Kenntnis genommen.
10. Der Soll-Stellenplan Kat. A mit 10 810.45 Stellenprozenten wird zur Kenntnis genommen.

GRPK-Präsident Karl J. Heim, CVP möchte noch kurz etwas in eigener Sache sagen. «Servir et disparaître» sagt man, wenn ein Mandat zu Ende geht. Das gilt auch für den Votanten bis auf weiteres als GRPK-Präsident und Einwohnerrat. An dieser Stelle möchte er sich nochmals in aller Bescheidenheit bei seinen Einwohnerratskollegen und -kolleginnen für das grosse Vertrauen bedanken, dass sie ihm vor 4 Jahren geschenkt haben mit der Erteilung dieses Mandats als GRPK-Präsident. Er nahm das Amt immer sehr ernst und zwar mit der obersten Prämisse, dem Parlament zu dienen und für die Gemeinde das Beste zu wollen. Er hofft, dass dies der GRPK in der ausgehenden Legislatur, während der letzten 4 Jahre, auch meistens gelungen ist. Daher ein grosses Merci für die immer tolle Unterstützung des Parlaments. Er verbindet dies mit dem Wunsch einer positiven politischen Kultur im Hinblick auf die Herausforderungen, die in den nächsten Jahren auf Binningen zukommen werden. *[Applaus]*

Traktandum 3

Nr. 141

Vertrag zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch (2. Lesung)

Präsidentin Susanna Keller, SVP erklärt, da der Präsident der Spezko nicht gleichzeitig als Vizepräsident des Einwohnerrats amten kann, schlägt das Büro vor, dass Bettina Benthous die Präsidentin für dieses Traktandum wieder als Stellvertreterin des Vizepräsidenten unterstützt.

://: Der Rat stimmt diesem Vorgehen zu.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Spezko-Präsident Stephan Appenzeller, SP erläutert, seit der 1. Lesung im Rat habe in Allschwil die 2. Lesung des Vertrags stattgefunden. Der Einwohnerrat in Allschwil hat dem Vertrag in der Schlussabstimmung mit grossem Mehr bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt. Aufgrund eines Antrags, der im Allschwiler Einwohnerrat behandelt wurde, wurde die Binnerer Spezialkommission darauf aufmerksam gemacht, dass eine wichtige Formulierung im Vertrag interpretationsbedürftig ist. Es geht um § 4 Abs. 4. In diesem Paragraphen sind die Geschäfte aufgeführt, die nach der Genehmigung durch die Delegiertenversammlung der Versorgungsregion zusätzlich von den Gemeinden genehmigt werden müssen. Das ist einerseits eine Vertragsänderung, andererseits aber auch die Genehmigung der Ziele und der strategischen Ausrichtung des Versorgungskonzepts. Es ist eine Bestimmung, die der Spezko sehr wichtig ist und bei der sie von Anfang an der Meinung war, mit Gemeinde sei in Binningen der Einwohnerrat gemeint, also dass es eine politische Legitimation dieses Gremiums erhält. Das ist auch im Bericht so ausgeführt. Offenbar reicht die Formulierung im Vertrag aber nicht, was die Spezko nachträglich herausgefunden hat.

Es braucht einen separaten Beschluss, der festhält, dass mit dem Begriff Gemeinde in Binningen für diese Sachfragen der Einwohnerrat gemeint ist. In Abstimmung mit der Gemeindeverwaltung – er möchte an dieser Stelle speziell Christian Häfelfinger danken – wurde der vorliegende Antrag formuliert. Wichtig ist, dass der Antrag keine Änderung des Vertrags zur Folge hat. Wenn der Vertrag heute genehmigt wird, ist er in Allschwil und in Binningen durch und es gibt keine Differenz. Es ist ein separater Beschluss in der Logik der anderen Beschlüsse, die in der 1. Lesung bereits gefällt wurden. Der Antrag ist auf dem Handout als Antrag 1.5 aufgeführt, also als fünfter Antrag in diesem Geschäft. Der Votant wurde vor der Sitzung von Christian Häfelfinger darauf hingewiesen, dass der formulierte Antrag rechtlich korrekt auf zwei separate Anträge aufgeteilt werden muss, da es rechtlich zwei unterschiedliche Sachen sind. Das eine ist ein Beschluss, den der Einwohnerrat zuhanden des Gemeinderats fällt, und der umzusetzen ist. Das zweite ist ein Auftrag an den Gemeinderat, dass man dies bei der nächsten Revision der Gemeindeordnung formell auch so aufnimmt. Antrag 1.5 lautet: «Der Einwohnerrat beschliesst, dass die im Artikel §4.4.a-c des «Vertrags zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch» aufgeführten Sachgeschäfte vom Einwohnerrat zu genehmigen sind.» Antrag 1.6: «Er beauftragt den Gemeinderat, bei der nächsten Revision der Gemeindeordnung den §21 GeO in diesem Sinne zu ergänzen.». Die Spezko hat einstimmig beschlossen, dem Rat diese Zusatzanträge heute vorzulegen.

Simone Abt, SP möchte namens der SP Stephan Appenzeller und der Spezko für die zeitnahe Reaktion auf den Input aus Allschwil danken. Die Fraktion hat den kurzen, knackigen Bericht sehr geschätzt, in welchem über den neuen Sachverhalt informiert und auch gleich die Lösung präsentiert wird auf eine unaufgeregte Art. Vielen Dank. Die Legitimierung ist wichtig auch hier in Binningen. Das ist für die SP ein wesentlicher Faktor. Die Fraktion heisst beide Anträge 1.5 und 1.6. der Spezko zusammen mit den übrigen 4 Anträgen gut, wie sie schon an der letzten Sitzung gesagt hat. Sie fühlen sich durch den Verlauf der Debatte in Allschwil bestätigt. Obwohl die Fraktion etwas geknurrte und bei einzelnen Punkten die Faust im Sack gemacht hat, hat sie das Geschäft gutgeheissen. Das bleibt auch weiterhin so.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne äussert, die Grünen unterstützen die beiden Anträge der Spezko gerne. Sie sind der Verhandlung in Allschwil geistig gefolgt, fanden es spannend, was diskutiert wurde und sind froh, dass die Inputs in die 2. Lesung einfließen können. Es ist wichtig, dass der Einwohnerrat genannt wird und der Rat seine Rechte und Pflichten auch explizit wahrnehmen kann. Die Grünen unterstützen die Anträge der Spezko, insbesondere die beiden neuen.

Peter Heiz, FDP teilt mit, die FDP-Fraktion stehe nach wie vor zu diesem Vertrag. Sie stimmt auch den beiden Anträgen, wie sie vom Präsidenten der Spezko dargestellt wurden, zu. Die FDP möchte noch ein spezielles Gewicht darauf legen, wie wichtig der Einbezug der Leistungserbringer bei der Erarbeitung des Versorgungskonzepts ist. Schliesslich hat die Fraktion noch den Wunsch, dass der Austausch von Informationen und Meinungen zwischen dem Stiftungsrat des APH und dem Gemeinderat resp. dem zuständigen Gemeinderatsmitglied ruhig etwas extensiver ausgelegt werden darf.

Urs Brunner, SVP erwähnt, die SVP habe bereits in der 1. Lesung dem Vertrag und den Ergänzungen nicht zugestimmt. Deshalb wird sie die beiden Anträge ablehnen.

Andrea Alt, CVP freut sich, dass die Gemeinde Allschwil an ihrer letzten Einwohnerratssitzung dem Vertrag zur Versorgungsregion der drei Gemeinden zugestimmt hat. Die Fraktion hofft, dass der Entscheid heute auch in Binningen gefällt wird, sodass die drei Gemeinden ihre Zusammenarbeit aufnehmen und man hoffentlich auch bald mit einem Versorgungskonzept rechnen kann. Die CVP stimmt dem Vertrag in der Fassung der Kommission zu. Ebenso stimmt sie den Anträgen inkl. der beiden neuen zu. Es erscheint der Fraktion wichtig, dass der Einwohnerrat hier künftig eine Mitsprache hat. Sie unterstützen die Empfehlungen der Spezialkommission und sind gespannt auf den Bericht des Gemeinderats in zwei Jahren.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP hat nach den Voten den Eindruck, es sehe so aus, dass der Vertrag heute Abend auch in Binningen eine Mehrheit findet. Sie ist sehr glücklich, wenn der Vertrag steht und man anfangen kann zu arbeiten und die Versorgungsregion wirklich aufzubauen. Sie kann den Wunsch nach politischer Legitimation und Mitsprache nachvollziehen. Bei der Ausarbeitung des Vertrags wurde das Wort Gemeinde gewählt, damit jede Gemeinde gemäss ihren Strukturen bestimmen und sagen kann, wer dies ist. Die Gemeinden sind sehr unterschiedlich aufgestellt. Sogar Allschwil und Binningen sind unterschiedlich aufgestellt und haben unterschiedliche Regelungen. Für die zuständige Gemeinderätin war aus dem Kommissionsbericht klar, dass in Binningen der Einwohnerrat die strategische Ausrichtung sehen will. Wenn der Rat dies auch noch beschliessen möchte, ist das für sie in Ordnung. Bei Peter Heiz möchte sie noch nachfragen, was er genau meint mit dem extensiven Auslegen des Austauschs.

Peter Heiz, FDP antwortet, die Gemeinde sei ja insofern im Stiftungsrat vertreten, alsdass sie vom Präsidenten des Stiftungsrats informiert wird über das, was im APH geht und die zuständige Gemeinderätin ihre Ideen und Vorstellungen einbringt. Diese Gespräche dürften aus seiner Sicht in dieser schwierigen Phase noch etwas häufiger stattfinden.

Die Präsidentin möchte darüber abstimmen lassen, ob auf das nochmalige Durchgehen der Synopse verzichtet werden kann.

ABSTIMMUNG

34 JA / 1 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 11)

://: Auf die nochmalige Lesung der Synopse wird verzichtet.

Antrag 1.5 der Spezko: 30 JA / 7 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 12)

Antrag 1.6 der Spezko: 29 JA / 7 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 13)

Schlussabstimmung: 29 JA / 7 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 14)

BESCHLUSS

In der ersten Lesung hat der Einwohnerrat folgende Beschlüsse gefasst:

- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt den Vertrag über die Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch in der Fassung der Kommissionen der Einwohnerräte von Allschwil und Binningen und der Delegation der RPK von Schönenbuch.
- ://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst folgende Ergänzung der GesO des Einwohnerrats § 48.1.h ... die Delegierten und Ersatzdelegierten der Gemeinde Binningen der Versorgungsregion Allschwil-Binningen-Schönenbuch¹⁾
¹⁾ Ein Delegiertenmandat wird ex officio durch das zuständige Mitglied des Gemeinderats wahrgenommen.
- ://: 3. Der Einwohnerrat unterstützt die Empfehlungen der Spezialkommission.
- ://: 4. Der Gemeinderat berichtet in zwei Jahren, wie er die Empfehlungen der Spezialkommission umgesetzt hat.

In der zweiten Lesung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- ://: 5. Der Einwohnerrat beschliesst, dass die im Artikel § 4.4a-c des «Vertrags zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen und Schönenbuch» aufgeführten Sachgeschäfte vom Einwohnerrat zu genehmigen sind.
- ://: 6. Er beauftragt den Gemeinderat, bei der nächsten Revision der Gemeindeordnung den §21 GeO in diesem Sinne zu ergänzen.
- ://: 7. Schlussabstimmung: Der Einwohnerrat genehmigt den vorliegenden Vertrag über die Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch.

Traktandum 4

Nr. 108

Zwischenbericht SpezKo Immobilien-Strategie

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

GESCHÄFTSBERATUNG

Spezko-Präsident Christoph Maier, FDP findet, man dürfe sich fragen, warum die Spezko Immobilien-Strategie dem Rat zum heutigen Zeitpunkt einen Zwischenbericht vorlegt. Grund dafür ist, dass man am Ende einer Legislatur steht und es in personeller Hinsicht einen grossen Wechsel in der Spezko geben wird. Die Spezko Immobilien-Strategie hat sich in vielen Sitzungen mit dem Thema Immobilien-Strategie beschäftigt. Sie hat zum Zeitpunkt als der Bericht geschrieben wurde 15 Sitzungen abgehalten, verschiedenste Experten vorgeladen und die zuständigen Gemeinderäte eingeladen und angehört. Sie hat verschiedenste Lösungsvorschläge beraten und schlussendlich den Zwischenbericht beraten und verabschiedet. Der Votant möchte die Gelegenheit wahrnehmen, kurz nochmals auf einige wichtige Punkte des Zwischenberichts einzugehen. Es geht der Kommission mit der heutigen Vorlage auch darum, dass sie vom Rat vielleicht noch das eine oder andere Feedback erhält, ob sie mit der generellen Stossrichtung der Behandlung dieses Geschäfts auf dem richtigen Weg ist. Insgesamt durfte die Spezko feststellen, dass ein Immobilien-Portfolio wie es die Gemeinde Binningen hat, nicht nur ein Aktivum ist. Damit das Immobilien-Portfolio langfristig gehalten werden kann, liess die Gemeinde die Bewirtschaftung des Portfolios von einer externen Firma untersuchen. Sie hat festgestellt, dass das Immobilien-Portfolio,

wenn es in der jetzigen Form aufrechterhalten werden soll, zu einem strukturellen Defizit führen wird. Die Spezko anerkennt den Handlungsbedarf und diesem Handlungsbedarf hat sie in ihrer Mehrheit auch zugestimmt. Gleichzeitig hat die Kommission festgehalten, dass das Geschäft, wie es der Gemeinderat dem Einwohnerrat vorgelegt hat, nicht als reglementsähnliche Grundlage dienen kann und empfiehlt, dass es lediglich zur Kenntnis genommen wird.

Im Weiteren hat sich die Kommission mit einem Dilemma beschäftigt. Es ist klar, dass der Rat in Zukunft bei Entscheidungsprozessen, die das Immobilien-Portfolio der Gemeinde betreffen, stärker eingebunden werden möchte. Dem steht die Vertraulichkeit von Verhandlungen bei Immobiliengeschäften entgegen, die notwendig ist, um mit anderen Marktteilnehmern ins Geschäft zu kommen. Um diesem Dilemma begegnen zu können, hat die Spezko Immobilien-Strategie geprüft, ob man mit einer speziellen Kommission einen Lösungsansatz finden könnte. Sie hat verschiedene Varianten geprüft und auch juristische Abklärungen getroffen. Die Spezko kam zum Schluss, dass zumindest eine Kommission, die Entscheidungsgewalt delegiert erhalten würde, den Grundsatz der Gewaltentrennung zwischen Legislative und Exekutive durchbrechen würde und hat den Vorschlag daher nicht weiterverfolgt. Sie möchte aber allenfalls weiter prüfen, ob eine solche Kommission, wie es sie auch in anderen Gemeinden gibt, als eine Art beratende einwohnerrätliche Kommission in Zukunft vielleicht nicht doch eine gute Idee wäre. Schlussendlich hat die Kommission sich auch mit dem aktuellen Thema der Bodeninitiative beschäftigt, deren Volksabstimmung nun nochmals verschoben werden musste. Sie hat mehrheitlich davor gewarnt, dass die Annahme der Bodeninitiative gravierende Folgen auf die Stabilität des Finanzhaushalts der Gemeinde Binningen haben und im schlimmsten Fall die Realisierung der projektierten Schulbauten verhindern könnte. Eine Minderheit der Kommission ist der Meinung, dass Landverkäufe für die Finanzierung der Investitionsvorhaben nicht nötig sind, weil sinnvolle Investitionen Mehrwert und Mehreinnahmen schaffen sollten und sich damit mittelfristig selbst finanzieren müssten. Dies ist der Bericht der Kommission. Der Spezko-Präsident bedankt sich recht herzlich bei den Mitgliedern, die die Kommission nun verlassen werden und natürlich bei allen Mitgliedern der Spezialkommission für ihre sehr aktive Mitarbeit und den ausgezeichneten Austausch bei diesem schwierigen und komplexen Geschäft.

Beatrice Büschlen, Grüne teilt mit, die Grünen haben den Zwischenbericht mit Interesse gelesen. Eine vernünftige Bereinigung des Immobilien-Portfolios soll ihrer Meinung nach nicht nur in einem Verkauf münden. Die Fraktion hat keine Bedenken, dass die Bodeninitiative negative Folgen auf die Finanzen der Gemeinde Binningen hat. Im Interview in der BZ vom 9. Juni 2020 hat Michael Pieper, CEO der Artemis Gruppe, den Boden als Rückversicherung bezeichnet. Zitat: «Wir haben nie Landreserven verkauft. Wenn bei uns jemand Land verkauft, wird er fristlos entlassen.». Unternehmer wie Michael Pieper kennen den Wert von Boden. Eine Gemeinde, die die Verantwortung ihren Einwohnern und Einwohnerinnen gegenüber hat, sollte Möglichkeiten in Betracht ziehen, um den Boden zu halten. Der Boden ist auch in unserer Gemeinde ein kostbares Gut und eine der wichtigsten Ressourcen. Baurechtsverträge generieren ebenso regelmässige Einnahmen wie Steuern. Baurechtszinsen können einfacher budgetiert werden wie Steuereinnahmen, die sind manchmal unregelmässig. Und nicht unwesentlich: Es ermöglicht sinnvolle Quartierentwicklungen. Private Bauherren haben nämlich trotzdem Raum für Investitionen und auch weniger kapitalkräftige Bauträger können so nachhaltige und soziale Projekte realisieren.

Die Votantin durfte heute an der Preisverleihung teilnehmen, an welcher der Energiepreis der AEB an die Stiftung Habitat und ADEV verliehen wurde. Sie erhielten den Preis für innovative Energielösungen auf dem Areal Erlenmatt Ost. Die ganzen Baulose sind dort über Baurechtsverträge gelaufen. Bunte, innovative, lustige und farbige Wohnareale. Das ist Quartierentwicklung. Sie würde sich solche Innovationen z.B. auch beim Spiesshöfli wünschen. Weitere neue Einnahmequellen werden nämlich noch nicht mitgedacht und berücksichtigt. Zu einer Strategie würde es auch gehören, künftige Entwicklungen zu berücksichtigen. Gespannt sind die Grünen auf die weiteren Diskussionen im Zusammenhang mit der Immobilien-Kommission oder etwas in dieser Art. Diese Idee ist ein interessanter Ansatz und hätte viele Vorteile. Es gibt also noch viel zu tun. Die Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und wünscht der neu zusammengesetzten Spezko in der neuen Legislatur gute Diskussionen und weise Entscheide.

Karl J. Heim, CVP ist selbst Mitglied der Spezko und möchte die Gelegenheit nutzen, dem Präsidenten Christoph Maier für seine kompetente Führung der Kommission zu danken. Die CVP nimmt zustimmend Kenntnis vom vorliegenden Zwischenbericht. Die Spezko hat sich intensiv, teilweise im Wochentakt, mit dieser komplexen Materie auseinandergesetzt. Obwohl der Einwohnerrat seit rund 1,5 Jahren im Besitz eines umfangreichen Dossiers zur Immobilien-Strategie ist, hat sich gezeigt, dass es noch zahlreiche, anspruchsvolle Voraussetzungen zu erarbeiten gilt bevor man eine definitive Immobilien-Strategie verabschieden kann. Der Redner meint damit insbesondere eine Anpassung des Finanzreglements der Gemeinde. Weiter ist die gesamte Kommission der Auffassung, dass der Einwohnerrat in einer noch zu bestimmenden Form Mitsprache bei der Bewirtschaftung des Immobilien-Portfolios erhalten muss. Dies anstelle von starren Regeln, die im Einzelfall zu politisch unerwünschten Ergebnissen führen könnten.

Marc Schinzel, FDP dankt der Spezko Immobilien-Strategie namens der FDP und vor allem ihrem Präsidenten für die grosse und schwierige Arbeit, die bis zu diesem Zwischenbericht bereits geleistet wurde. Es ist – die Personen, die dabei waren, wissen das – keine einfache Arbeit. Es ist ein Elefant, der im Raum steht. Es ist ein grosses Dossier für die Gemeinde. Dies bringt es mit sich, dass die ganze Auslegung nicht einfach ist. Das hat man gesehen. Es geht bei der Strategie letztlich immer darum: Ist sie genügend hoch angesiedelt, dass man eine gewisse Struktur reinbringt und sich nicht über Details zerfleischt? Ist sie aber auch nicht zu abstrakt, sodass die Politik versucht ist, in diesem Rahmen selbst wieder einzelne Projekte rauszupflücken? Es ist die Quadratur des Zirkels, die gemacht werden muss. Das hat man gespürt. Natürlich war die Bodeninitiative immer wieder ein Thema. Sie ist nicht direkt Teil der Immobilien-Strategie, spielt aber trotzdem etwas hinein. Die Fraktion ist bei der Mehrheit der Kommission, die Bedenken hat, dass es die Finanzen von Binningen betrifft. Man muss aufpassen, wenn man einer Gemeinde ein enges Korsett anzieht und einfach jeden Fall starr und rigide in einer gleichen Weise behandeln will. Das geht nicht. Jeder Fall muss einzeln angeschaut und es muss die optimale Strategie gefunden werden. Man muss auch sehen: Wo macht es Sinn zu investieren? Und wo trennt man sich vielleicht besser von etwas im Sinn der Allgemeinaufgaben, von welchen die Gemeinde sehr viele hat und in den nächsten Jahren auch viel wird finanzieren müssen? Die FDP ist genau wie die anderen Parteien gespannt, wie es weiter geht. Die Fraktion ist auch interessiert daran, was allenfalls aus dieser Immobilien-Kommission rauskommt und in welcher Funktion sie hier eine Rolle übernehmen könnte.

Gaida Löhr, SP findet es einen eher seltsamen Zwischenbericht, u.a. weil er schon seit 4 Monaten herumliegt. 4 Monate für einen Zwischenbericht, wo man eigentlich weiter machen sollte, ist eine lange Zeit. Die SP war gegen den Zwischenbericht. Der Fraktion wäre es lieber gewesen, man hätte sich im Februar vorgenommen, das Geschäft fertig zu beraten und mit dem Ende der Legislatur abzuschliessen. Die Kommission wollte dies mehrheitlich nicht. Inzwischen hat Corona dieser Mehrheit Recht gegeben. Aber die Mehrheit wollte dies insbesondere nicht, weil sie vor der Bodeninitiative nochmals die Diskussion im Rat wiederholen wollte. Das findet sie eher unlauter. Man hat versucht, einen Kommissionsbericht für eine zweite Bodendiskussion zu instrumentalisieren, da man meinte, die Abstimmung käme im Mai. Der Bericht ist, nachdem man 15 Sitzungen ausgezeichnet gearbeitet hat, das gibt sie sofort zu, und sich auch gut gebildet hat, aus ihrer Sicht doch sehr mager. Wenn man das weglässt, was überlegt wurde und bei dem man anschliessend herausgefunden hat, dass es rechtlich nicht standhält, dann ist er noch magerer. Im Zentrum ist irgendwo wirklich die Aussage: Achtung Bodeninitiative gefährlich. So wurde sie auch heute bei allen einmal kurz angesprochen.

Zuerst kommt die Votantin zum Punkt, bei dem man sich einig ist. Einig ist man sich, dass der Einwohnerrat stärker in die Bewirtschaftung des Immobilien-Portfolios einbezogen werden möchte. Sie fand den letzten Vorschlag, der diskutiert wurde, von jährlichen Aktionsplänen, die mit dem Budget vorgelegt werden, eine gute Idee. Das zweite, das sie anmerken möchte, ist ihr sehr wichtig. Der Bericht lobt, wie gut die Grundlagen sind. In den Grundlagen fehlt aus ihrer Sicht aber das Filet-Stück. Jeder, der Immobilien besitzt, weiss, dass man sich Gedanken macht, wie viele Einnahmen kommen rein und wieviel wird ausgegeben. Von den Einnahmen ist in der Immobilien-Strategie nicht die Rede. Es wird immer nur über die Ausgaben diskutiert. Da fragt man sich, weshalb so viele Leute begeistert in Immobilien investieren,

wenn wir diese nur als Belastung empfinden. Es erstaunt sie insbesondere von der rechten Ratshälfte. Es ist ein gutes Geschäft, das sollte man nicht durch kleinliche Kritik heruntersetzen. Es steht auch nirgends, dass mit all den notwendigen Investitionen auch Mehrwert geschaffen wird. Es geht immer nur um die Belastung. So wird es dann nötig zu verkaufen, damit man eine Belastung zahlen kann, die eigentlich ein Gewinn ist. Sie ist der Meinung, dies sei ein falscher Ansatz.

Die Bodeninitiative verunmöglicht überhaupt nichts. Sie fordert nicht, dass nichts verkauft wird. Sie fordert nur, dass man unter dem Strich nicht mehr verkauft als man anschafft. Grundstücke, die man nicht mehr gebrauchen kann, darf man durchaus verkaufen. Man kann aber auch einmal etwas Neues kaufen. Die Gemeinde hat in den letzten Jahren immer wieder Gelegenheiten verpasst, neue Landstücke zu kaufen. Das muss man auch sehen. Wenn man der neuen Generation Handlungsspielraum geben möchte, dann hat dies nicht nur etwas damit zu tun, wieviel Geld man auf der Sparkasse hat. Wenn man keinen Boden hat, kann man auch keinen gestalten. Sie nennt das auch eine Möglichkeit von Handlungsspielraum. Dass man zu wenig hat, ist bekannt. Es wurde verzweifelt Land gesucht für ein Holzkraftwerk, für einen Werkhof und für einen Ausbau der Verwaltung. Es gibt keinen wahnsinnigen Überschuss. Zum Schluss möchte die Votantin nochmals betonen, dass die Diskussion der Immobilien-Strategie den Gemeinderat nicht daran gehindert hätte, einmal eine Liegenschaft zu sanieren. Man hat Verkauf gehört. Das hätte man vielleicht nicht unbedingt gewollt. Es gibt die Abgabe im Baurecht, nur saniert hat man relativ wenig. Der Wunsch der SP ist, dass die Kommission, wenn sie nun das Thema Finanzen angeht, mutig ist und nicht nur verzweifelt versucht, das Binninger Vermögen zu retten sondern auch das Immobilien-Vermögen. Die Fraktion nimmt den Bericht mit mässiger Begeisterung zur Kenntnis.

Urs Brunner, SVP führt aus, die SVP habe vom Zwischenbericht Kenntnis genommen und danke dem Präsidenten für den guten und prägnanten Bericht.

Thomas Hafner, CVP möchte ebenfalls der Kommission und dem Präsidenten danken. Er weiss, dass die Spezko sehr viel Aufwand betrieben hat. Er durfte einmal an Stelle von Carlo Heim an einer Sitzung teilnehmen und sah, dass viel Papier gewälzt wurde und es sehr komplexe Fragen sind. Dafür vielen Dank. Aber: Der Votant hat sich vor einem guten Jahr am 25. Februar 2019 gewünscht, dass das Thema Ende 2019 abgeschlossen wird oder zumindest Ende dieser Legislatur. Die damalige Eile hatte man nicht resp. hat nichts gebracht. Es hat sich auch gezeigt, dass zukünftig kein Geschäft mehr einer Spezko zur Beratung weitergegeben werden darf, ohne dass man im Einwohnerrat klipp und klar einen Auftrag formuliert. Das heisst für ihn nicht, dass es bei der Immobilien-Strategie schlecht gemacht wurde. Aber wie der Bericht zeigt, sucht die Kommission das Feedback des Rats, in welche Richtung es gehen soll. Auf Seite 1 steht, dass die Spezko gerne etwas zur Stossrichtung wissen möchte. Das hätte sich der Redner von der Kommission gewünscht. Die Arbeit ist nicht abgeschlossen. Mit der neuen Legislatur wird das Resultat, welches bisher erarbeitet wurde, im Gedankengut, in den Köpfen der Personen fehlen.

Die Präsidentin bittet den Votanten zum Ende zu kommen.

Für *Thomas Hafner, CVP* ist es ein ganz wichtiges Geschäft. Es wird in Zukunft auch wichtig sein. Er möchte seine Ausführungen daher noch abschliessen. Von 5 Parteien sind 3 neu besetzt. Die ganzen, gesammelten Werke fehlen. Der Gemeinderat Finanzen, eine ganz wichtige Person, ist nicht mehr dabei. Er möchte, dass dieser Tatsache starke Beachtung geschenkt wird. Der Votant geht davon aus, der Spezko-Präsident sei sicher bereit, das Geschäft zukünftig weiterzumachen und wäre froh, heute zu hören: Christoph Maier wirst du die Funktion als Präsident weiterhin übernehmen? Bei einer Weiterführung des Präsidiums ist ihm wichtig, dass neben dem Spezko-Präsidium nicht noch ein anderes Kommissionspräsidium geführt wird. Das scheint ihm wichtig und sollte bedacht werden.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme

://: Der Einwohnerrat nimmt vom Zwischenbericht der Spezialkommission Immobilien-Strategie Kenntnis.

Traktandum 5

Nr. 207

Legislaturprogramm 2016 - 2020 des Gemeinderats: Schlussbericht

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne hat mit Interesse im Bericht von vielen Zielen, Massnahmen und doch noch offenen Umsetzungen Kenntnis genommen. Die Grünen sind gespannt auf die restlichen Resultate wie z.B. die neuen Schulhäuser, das Altersleitbild, die Früh- und Sprachförderung, wie weiter mit dem Werkhof und was läuft beim Spiesshöfli. Worüber sie sich nicht so gefreut haben, ist, dass sich der Gemeinderat mit dem kinder- und jugendpolitischen Konzept keine Lorbeeren verdienen kann, sich aber mit fremden Federn schmückt. Er musste sich das Ziel aufgrund einer Motion aus dem Jahr 2011 setzen. Die Motion wurde Anfang 2012 überwiesen, also noch in der vorherigen Legislatur. Dann veranlasste er, dass Konzept von 1999 nur textlich zu überarbeiten. Was auch passiert ist, aber ohne das seit 2008 geltende Bildungsgesetz zu berücksichtigen. Dafür hat der Gemeinderat 1,5 Jahre gebraucht. Als er auf die diversen Fehler aufmerksam gemacht wurde, hat er doch noch Geld gesprochen und richtigerweise Fachpersonen mit der Arbeit beauftragt. Bis der Gemeinderat aber entschied, wie die Überarbeitung des Konzepts erfolgen soll, sind nochmals 3 Jahre vergangen.

Der Gemeinderat hat sich anschliessend immer noch schwer getan und das Konzept mehrfach überarbeitet. Unter dem Druck des Einwohnerrats, der immer wieder nachgefragt hat, konnte der Gemeinderat nicht mehr weiter auf die Bremse treten. 9 Jahre nach Einreichung der Motion ist die Jugendbeauftragte nun daran, vieles aus dem Konzept auszuarbeiten und umzusetzen. Nochmals zu den Lorbeeren, die sich der Gemeinderat vielleicht doch noch nachträglich verdienen kann. Ist dem Gemeinderat bekannt, dass jetzt im Juni das Jugendhaus Schutzmatte 25 Jahre alt wird? Ist ihm bekannt, dass das erste Jugendhaus in Binningen und damit die Jugendarbeit der Gemeinde Binningen sich zum 50sten Mal jährt? Wird er diesen Jubiläen Rechnung tragen und etwas planen? Die personellen und finanziellen Ressourcen der Kinder- und Jugendarbeit reichen nämlich nicht, um die Jubiläen zu organisieren. Sie ist gespannt, ob man dem Gemeinderat nächstes Jahr ein Kränzchen winden kann.

Andrea Alt, CVP dankt dem Gemeinderat für den Schlussbericht nach der 4jährigen Legislatur. Der Bericht ist erfreulich. Ein grosses Dankeschön geht ebenso an die Verwaltung, an alle involvierten Personen und auch an die ständigen und Spezialkommissionen und deren PräsidentInnen, die wesentlich dazu beigetragen haben. Einige wenige Punkte möchte die Fraktion speziell erwähnen. Ein kinder- und jugendpolitisches Konzept wurde ausgearbeitet, auch wenn es sehr lange gedauert hat, und die entsprechende Stelle wurde besetzt. Erste Projekte zusammen mit Jugendlichen und involvierten Stellen werden zurzeit angegangen. Das freut die CVP. Dank den Provisorien, der Planung und teilweise schon Umsetzung von grösseren Bauvorhaben kann der Schulunterricht in gewünschter Qualität stattfinden. Ebenso konnte das Problem mit den fehlenden Kapazitäten beim Mittagstisch zumindest vorübergehend gelöst werden und an einem Konzept zur frühen Sprachförderung wird im Leimental gemeindeübergreifend gearbeitet. Der Vertrag zur Versorgungsregion wurde bereits heute, früher als vorgegeben, beschlossen und das Versorgungskonzept kann nun erstellt werden. Die 2016 aufgebaute Fachstel-

le zur Arbeitsintegration kann ebenfalls bereits erste Erfolge verbuchen. Das ist alles wirklich erfreulich. Die Fraktion blickt gespannt auf die kommende Legislatur und freut sich auf künftige Vorhaben wie z.B. auf die Vorlage zum neuen Werkhof beim Friedhof, die Vorlage zum Umbau beim Meiriacker-Schulhaus und hofft, dass der Gemeinderat Primeo Energie dazu anhält, die Gemeinde mit mindestens 50 Prozent erneuerbarer Energie zu versorgen. Besten Dank und auf eine spannende Legislatur 2020-2024.

Karin Müller, SP äussert, auch die SP habe den ausführlichen Bericht interessiert studiert. Sie findet es ein gutes Arbeitspapier, da es zwar zeigt, was der Gemeinderat erreicht hat, aber es zeigt auch, wo es noch Arbeit gibt. In diesem Sinn hat die Fraktion noch einige Anmerkungen und Fragen. Zum Bereich Kultur, Freizeit und Sport und dem jugendpolitischen Konzept wurde schon einiges gesagt. Die SP hat gehört, dass gewisse Spielplätze beanstandet wurden, weil sie nicht sicher sind. Wie steht es um die Unfallsicherheit der Spielplätze? Wurde das geklärt? Denn es ist wichtig, dass die Kinder, die dort spielen, sicher sind. Beim Bereich Bildung heisst es, dass die Gemeinde den notwendigen Schulraum nicht nur in genügender sondern auch in geeigneter Form bereitstellt. Zurzeit findet die Schule aber in vielen Provisorien statt. Die Fraktion möchte nochmals darauf hinweisen, dass es wichtig ist, dass der Schulraum bereit steht und zwar nicht nur als Provisorium sondern auch richtig. So z.B. das Schulhaus Dorf und die Erweiterung des Primarschulhauses Meiriacker. Wobei man hier auch gleich sagen muss, es ist nicht nur die Schuld des Gemeinderats, dass es hier harzt, wenn der Einwohnerrat wie in der letzten Sitzung ohne Not die Erweiterung des Primarschulhauses nochmals in eine Zusatzschleife in der Kommission schickt. Die SP wartet auf gute Lösungen und hofft, diese werden sobald wie möglich umgesetzt. Denn unter geeignetem Schulraum verstehen sie keine Provisorien.

Was die ausserschulische Betreuung angeht, hat man bei der Rechnung bereits gehört, dass immer noch Schichtbetrieb beim Mittagstisch herrscht. Die Fraktion findet es alles andere als eine gute Lösung, die Kinder beim Mittagstisch im Schichtbetrieb abzufertigen. Es würde sie interessieren, wie man das Problem möglichst bald lösen will. Gesundheit und Alter: Der Vertrag ist unter Dach und Fach. Das ist sehr schön. Die SP hätte aber trotzdem nach wie vor den Wunsch, dass man vielleicht auf längere Sicht auch für die Binninger, die Zusatzleistungen benötigen, die Altersheime in Oberwil und Therwil öffnet. Im Bereich Strassen und Verkehr begrüsst und unterstützt die Fraktion den Antrag der Leimentaler Gemeinden, bei denen Binningen auch dabei ist, auf Tempo 30 auf den Kantonsstrassen bei den Ortsdurchfahrten. Was den Versuchsbetrieb des Ruftaxis auf das Bruderholz und zum Friedhof angeht, möchten die SP dem Gemeinderat nochmals ans Herz legen, dass wenn die Versuchsphase nicht 200 Fahrten ergibt – was sie sehr wahrscheinlich nicht ergeben wird und zwar nicht nur wegen Corona – dann heisst das für sie nicht, dass kein Bedürfnis besteht. Sondern es heisst, dass man nochmals hinschauen muss, ob das Angebot in dieser Form nicht einfach am Bedürfnis vorbei geht.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme

BESCHLUSS

://: Der Schlussbericht des Gemeinderats zur Umsetzung des Legislaturprogramms 2016-2020 wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 6

Nr. 208

Rückständebericht 2020

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Susanne Tribolet, SP dankt dem Gemeinderat namens der SP für den Rückständebericht. Er zeigt, dass die Arbeit nicht ausgeht. Es hat doch einige Geschäfte dabei, die als eine Art Dauerauftrag zu verstehen sind z.B. im Bereich Verkehr oder Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden. Die Fraktion wird die Anträge 2 und 3, also dass man die beiden Vorstösse als erledigt abschreiben kann, gutheissen. Die Votantin hofft, dass es gerade beim Auftrag zum 1. August in Zukunft nicht mehr nötig sein wird, überhaupt einen solchen Vorstoss einzureichen. Das ist aber ein anderes Thema, welches bereits bei der Rechnung am Rande angesprochen wurde.

Andrea Alt, CVP spricht dem Gemeinderat und der Verwaltung ihren Dank für die Zusammenstellung des Rückständeberichts aus. Die CVP wird diesen zur Kenntnis nehmen. Ebenso wird sie den beiden Anträgen des Gemeinderats zur Abschreibung eines Postulats und einer Motion als erledigt zustimmen. Es ist erfreulich, dass im letzten Jahr eine 1. Augustfeier dank vielen freiwilligen Helfern stattfinden konnte. Gleichzeitig freut sich die Fraktion, dass die Gemeinde bereits einen Termin für einen Aktionstag im Rahmen eines Clean-Up-Days für den 31. Oktober vorgesehen hat. Sie sind gespannt darauf. Ansonsten blickt auch die CVP gespannt auf die kommende Legislatur und hofft, man werde das eine oder andere Postulat oder die eine oder andere Motion ebenfalls als erledigt abschreiben können.

Daniel Setz, FDP teilt mit, auch die FDP nehme Kenntnis vom Bericht und danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass immer noch 21 verschiedene Vorstösse offen sind und hofft, dass auch hier vorwärts gemacht werden kann. Die zwei zur Abschreibung vorgeschlagenen Vorstösse wird die FDP beide abschreiben. Sie hofft jedoch, dass es nicht zur Usanz wird, dies im Rahmen des Rückständeberichts zu beantragen.

Urs Brunner, SVP äussert, auch die SVP habe vom Rückständebericht Kenntnis genommen und danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Zusammenstellung. Die Fraktion wird den beiden Anträgen 2 und 3 zustimmen.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne signalisiert, die Grünen werden den Anträgen, die beiden Vorstösse als erledigt abzuschreiben, zustimmen, da die Zeit sie schlichtweg überholt hat. Sie stimmt ihren Vorrednern zu. Es gibt immer noch viel Arbeit und viele Daueraufträge. Wegen Corona ist auch viel liegen geblieben. Die Rednerin freut sich, wenn es in der neuen Legislatur wieder mit Elan ans Durchdiskutieren und Abarbeiten der Vorstösse geht. Sie ist auch gespannt, wie es mit der 1. August-Feier in diesem Jahr laufen kann. Die Votantin findet, alle hätten eine Feier verdient.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Kenntnisnahme

Antrag 2: 37 JA (Abstimmung 15)

Antrag 3: 38 JA (Abstimmung 16)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt den Rückständebericht 2020 zur Kenntnis.

://: 2. Der Vorstoss «Postulat CVP-Fraktion: Durchführung 1. Augustfeier in Binningen» (Gesch. Nr. 148/XII) wird als erledigt abgeschrieben.

://: 3. Der Vorstoss «Motion G. Löhr, SP: Gemeinsamer Versand der Wahlunterlagen für die National- und Ständeratswahlen» (Gesch. Nr. 159/XII) wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 7

Nr. 206

Investitionskredit Sanierung Pausenplatz Schulanlage Neusatz

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne freut sich namens der Grünen über die gelungene Planung und die Bereitschaft, die Benutzer mitwirken und Ideen liefern zu lassen. Dabei sind spannende Ideen entstanden. Als Bildungsrätin hätte sie sich zwar noch ein Hochbeet auf der Seite des Primarschulhauses gewünscht, damit man mehr Gemüse und Kräuter anbauen und dort auch den Biologieunterricht mitorganisieren kann, aber die Fraktion wird dazu natürlich keine Anträge stellen. Sie wartet auf die Umsetzung. Die Schule wird dann selbst sehen, was sie noch braucht. Die Grünen werden aber beim Spielplatzkonzept genau hinschauen und allenfalls dann Verbesserungen vorschlagen. Damit die Quartier- und Schulkinder schneller über einen spannenden und abwechslungsreichen Spiel- und Erlebnisplatz verfügen können, wird die Fraktion dem Kredit zustimmen.

Brigitte Strondl, SP dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für die ausführliche und informative Vorlage. Für die Sanierung und Neugestaltung der Aussenanlage des Neusatz-Schulhauses ist eine Vorplanung an einen externen Landschaftsarchitekten in Auftrag gegeben worden. An einem Workshop konnten Schüler und Schülerinnen sowie Lehrpersonen dem Landschaftsarchitekten ihre Wünsche und Bedürfnisse mitteilen. So wurde ein gemeinsames Konzept für die gesamte Parzelle der Schulanlage entwickelt. Dass das gewählte Vorgehen sehr gut ankam, konnte die Votantin Äusserungen von einigen Kindern entnehmen, die sie kürzlich bei der Schule getroffen hat. Sie freuen sich sehr auf ihren neuen Pausenplatz. Zuoberst auf der Wunschliste der Kinder stehen u.a. mehr Blumen und mehr Bäume. Das zeigt, wie wichtig den Kindern die Nähe zur Natur ist und dass man die Grünflächen und Bäume möglichst erhalten sollte. Die Gruppe der drei wunderschönen, imposanten Zedern, die im zentralen Pausenhof stehen, ist glücklicherweise kommunal geschützt. Die Sicherheit der Spielgeräte wird in der Vorlage nicht erwähnt. Es dürfte aber allen klar sein, dass die erste Priorität hat.

Aus finanziellen Erwägungen soll nun nur der zentrale Pausenhof umgestaltet werden. Die SP stimmt dem dafür benötigten Kredit über 250 000 Franken zu. Sie würde es aber sehr begrüßen, wenn dem Einwohnerrat zu einem baldigen späteren Zeitpunkt ein weiterer Kreditantrag von 150 000 Franken für die Umgestaltung des übrigen Teils dieses Planungssperimeters vorgelegt werden würde. Die Fraktion findet es auch eine gute Idee, Geld für die Umgestaltung des Eingangsbereichs beim Neusatzweg von einem dazu vorgesehenen Fonds zu beantragen. Es gilt zu berücksichtigen, dass im verlangten Kreditbetrag Kosten von 55 000 Franken für die Erneuerung des Hartbelags und der Grundleitung enthalten sind und ohne das Projekt sogar 90 000 Franken ohnehin angefallen wären. Also verbleiben vom Kredit nur 195 000 Franken für die eigentliche Umgestaltung. Eine Überweisung in die BPK lehnt die SP ab, da sie die Verwirklichung des Projekts den Kindern nicht unnötig vorenthalten will.

Barbara Fankhauser, SVP erklärt, die SVP habe ihr Augenmerk auf drei Punkte gelegt. Kosten: Wieder einmal wird zweimal eine Reserve eingerechnet. Das findet die Fraktion dreist gegenüber dem Steuerzahler. Wenn man die Zahlen genau anschaut wird klar, schlussendlich wird der neue Pausenplatz in dieser Version einiges mehr kosten als aufgeführt. Auch die aufgeführten Spielgeräte haben einen stol-

zen Preis. Der Platz wurde eben erwähnt. Viel mehr beschäftigt die SVP der Untergrund. Wurde die Bodenbeschaffenheit unter dem Hartplatz abgeklärt? Weiss man, was darunter ist oder könnte es zu Überraschungen kommen, die die ganze Sanierung nochmals teurer machen würden? Was die Fraktion sehr stört, ist, dass die Bewegungsfreiheit für Ballspiele optisch, gemäss den Plänen, um Zweidrittel eingeschränkt wird. Man spricht doch immer davon, dass Kinder – gerade Kindergärtner und Primarschüler – Bewegung brauchen. Sie haben praktisch keine Chance mehr, sich in der Pause richtig zu bewegen.

Dann gibt es noch drei weitere Punkte, die die SVP beschäftigen: Nachhaltigkeit, Sicherheit und Gesundheit. Sie finden es ganz speziell, dass ausgerechnet der Pausenplatz von dem Schulhaus, welches so grosse Wasser- und Feuchtigkeitsprobleme hatte, mit einem Wasserspiel ausgestattet werden soll. Sie fragen sich auch, was hier die Nachhaltigkeit ist. Das Wasser wird laufen und laufen und laufen. Wasser ist ein kostbares Gut. Mann, Frau und Kind sollten Sorge dazu tragen. Wasser ist kein Spielzeug. Es überrascht die Fraktion, dass alle von Nachhaltigkeit sprechen und sich ausgerechnet die Grünen nicht gegen das Wasserspiel wehren. Die SVP kann sich nicht vorstellen, dass der Hauswart erfreut sein wird, nach jeder Pause wieder die Dreck- und Wasserspuren der Kinder bis ins Klassenzimmer zu putzen. Auch die Eltern werden wahrscheinlich wenig begeistert sein, wenn ihre Kinder über längere Zeit in nassen Kleidern im Unterricht sitzen und womöglich noch krank werden. Die Fraktion fragt sich, wie es mit der Sicherheit der Kinder selbst aussieht – Wasser ist nicht ganz ungefährlich –, aber auch mit der Sicherheit bezüglich Vandalismus ausserhalb der Schulzeiten. Die Votantin ist der Meinung, man dürfte nicht überrascht sein, wenn plötzlich der ganze Platz überschwemmt wäre. Aus diesen Gründen stellt die Fraktion einen Rückweisungsantrag und verlangt einen neuen Kredit ohne Wasserspiel. Wenn dies abgelehnt wird, gehört das Geschäft ihrer Meinung nach in die BPK.

Marc Schinzel, FDP spricht dem Gemeinderat namens der FDP seinen Dank für das sorgfältig ausgearbeitet Projekt und die übersichtliche Darstellung mit den beigelegten Plänen aus. Für die Fraktion ist klar, dass die Pausenplätze bei den Binner Schulhäusern auch ein Standortfaktor sind. Es ist einerseits natürlich für die Schulen und die Kinder ganz wichtig. Es ist aber auch wichtig für das ganze Gemeindebild, das Wohlbefinden der Bevölkerung und für die Familien, die wir anziehen möchten. Philippe Spitz würde nun das FDP-Programm zitieren. Das kann der Votant nun endlich einmal an seiner Stelle machen. Er sagt es auch gerne, dass die FDP Familien mit Kindern nach Binningen holen möchte. Daher ist es für sie ein wichtiger Punkt, dass Binningen attraktive Schulhäuser, attraktive Aussenanlagen und attraktive Pausenhöfe hat. Der Redner ist im Neusatz-Schulhaus zur Schule gegangen und hat dort seine schulische Karriere gestartet. Es gab gewisse Veränderungen, aber die Asphaltlastigkeit ist nach wie vor sehr stark. Das Projekt mit dem partizipativen Ansatz, bei welchem die Kinder und Lehrpersonen einbezogen wurden, ist gut. Es wurde aber auch darauf geachtet, nicht zu übertreiben. Die FDP findet die 250 000 Franken einen guten Wert. 40 Prozent wurde zurückgefahren und auf die Umgebung der Schulhäuser, auf die Hinterseite, verzichtet. Es wurde realistisch eingeordnet. Die Fraktion findet es einen gelungenen Kompromiss. Sie haben noch zwei Anmerkungen Punkto Wasser. Gerne würden sie wissen, wie es mit den Unterhaltskosten aussieht. Das spielt eine gewisse Rolle. Man muss die Anlage unterhalten, damit es keinen Vandalismus gibt, wie die SVP befürchtet. Zudem fragen sie sich, wieso man den Umbau nicht während den Schulferien durchführen kann. Wieso muss man ihn danach machen?

Thomas Hafner, CVP gesteht, am Ende der Legislatur geniesse er es auch einmal am Ende zu sprechen mit dem Wortlaut: «Die Vorredner haben eigentlich bereits alles gesagt». Trotzdem möchte er einige Sachen erwähnen. Das Projekt hat die CVP sehr gefreut. Ein wichtiges, zentrales Thema bei der CVP ist die Kinder- und Familienpolitik, wie alle Anwesenden wissen, nebst vielen anderen für sie genauso wichtigen Themen. Ein weiterer Schwerpunkt ist eine nachhaltige, ökologische Umweltpolitik. Dies ist bereits seit Jahrzehnten ein Anliegen der CVP, auch wenn die Umweltthemen, auch Grüne-Themen genannt, nicht immer als einziger Schwerpunkt und Kriterium betrachtet werden, sondern sie die weiteren Aspekte in politischen Themen und Schwerpunkten gerne als Gesamtes beurteilt. Das C bei der CVP kann auch bedeuten, CO₂ zu verhindern, etwas Gutes zu tun für die Umwelt. Das Projekt hat die Fraktion sehr gefreut. Es ist ein innovatives Projekt. Gute Schulen, attraktiver Schulraum mit modernen, erhol-

samen Pausenplätzen und ein sinnvolles Freizeiterlebnis von Jugendlichen nach der Schule auf dem Pausenareal, erachten sie als wichtig. Die ökologische Verbesserungsmassnahme auf dem Pausenplatz, das Näherbringen des Naturerlebnisses bei den Jugendlichen und die Förderung der Biodiversität ist sicher ein Mehrwert zum heutigen Pausenplatz. Sollte es auch noch einen Zustupf aus dem Fonds der Primeo Energie AG für eine ökologische Verbesserungsmassnahme geben, dann sagen sie zu diesem Geld sicher nicht nein. Das ist vielleicht als erstes kleines Schmerzensgeld zu sehen für das lange Warten auf eine weitere ökologische Energiemassnahme im Wärmeverbund Binningen mit der Primeo Energie AG für zukünftig mindestens 50 Prozent erneuerbare Energie.

Der Redner möchte noch einige Schwerpunkte erwähnen, die in der Fraktion diskutiert wurden. Der Hartbelag ist in einem schlechten Zustand und müsste sowieso erneuert werden. Die Sanierungskosten lägen bei ca. 90 000 Franken. Die Wünsche und Bedürfnisse an diesen Pausenplatz konnten die Schüler und Lehrpersonen in das Projekt einbringen. Das empfand die CVP als sehr wichtig. Für das vielversprechende Projekt möchten sie das zusätzliche Geld sprechen. Man kann auch dagegen sein. Es kostet natürlich etwas. Aber die Schüler, Lehrer und Kinder in der Umgebung erhalten einen neuen, erlebnisreichen Spiel- und Aufenthaltsort innerhalb einer begrünten Umgebung mit den bestehenden, alten Nadelbäumen. Wenn Kinder und Jugendliche aktiv an der Gestaltung ihrer Umgebung teilhaben, wenn sie bei Entscheidungen, die ihr Umfeld betreffen, mitreden, mitgestalten und mitbestimmen können, dann tragen sie zur Stärkung von demokratischen Strukturen bei. Kinder und Jugendliche können komplexe technische, wirtschaftliche oder rechtliche Zusammenhänge oft noch nicht richtig einschätzen. Dafür bringen sie Kompetenzen mit, die viele Erwachsene nicht mehr besitzen wie Fantasie, Kreativität, Spontaneität und Begeisterungsfähigkeit. Wenn aus Kindern und Jugendlichen aktive, engagierte und politisch denkende Menschen werden sollen, ist es eine Basis, die demokratische Beteiligung von jungen Menschen von klein auf zu fördern. Hauptsächlich auch die Mitbeteiligung der Schüler und Lehrer hat die Fraktion für das Projekt gewonnen. Das Projekt ist ausgereift und gut. Eine Überweisung in eine Kommission erachtet die CVP als unnötig. Das Kommissionsgeld kann man sich sparen. Die Frage der Unterhaltskosten des Wasserspiels ist sicher noch eine Info wert. Ihn hätte auch interessiert, was mit der heutigen Street-Soccer-Anlage geschieht. Nicht dass das tragend ist, aber es wäre noch interessant. Die CVP stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP dankt für die Voten, die den Kindern gut tun und sie sehr freuen werden. Er durfte ihnen letzten Dienstag das Projekt unter Corona-Bedingungen, also etappenweise, präsentieren und musste ihnen sagen, dass er nicht weiss, wie es heute Abend im Einwohnerrat aussehen wird. Die Kinder werden sich morgen oder in den nächsten Tagen freuen, dass hier etwas geht. Der zuständige Gemeinderat nimmt auch gerne Stellung zu den Fragen, die aufgetaucht sind. Sicherheit: Es werden alle Sicherheitsvorschriften eingehalten, Sturzsicherungen usw. Der beauftragte Landschaftsarchitekt macht nicht den ersten Spielplatz. Er hat dies bereits an anderen Standorten gemacht z.B. im Kleinbasel und sagt, wenn es installiert ist, gibt es nicht viel Vandalismus, weil die Schüler um ihren Pausenplatz kämpfen und nicht von der Zerstörungswut gepackt werden.

Kosten: Es handelt sich um ein klares Kostendach. Es wird nicht mehr kosten. Das Projekt musste bereits angepasst werden von 400 000 Franken auf 250 000 Franken. Es ist klar, dass es nicht mehr Geld gibt, um dies zu realisieren. Man hat höchstens den Spielraum in den Vergaben. Wenn etwas günstiger kommt als budgetiert, kann man sich allenfalls mehr leisten. Der Kreditrahmen ist gesetzt. Bezüglich Altlasten ist dem Gemeinderat nichts bekannt, weder Mammutzähne noch sonst irgendwas. Im Meiracker gibt es einen Mammutzahn unter dem Pausenplatz. Hier gibt es keine Altlastenmeldung. Ballspiele: Auf der Ostseite gibt es eine Street-Soccer-Anlage, die unter ziemlich grossem Lärm entstanden ist. Diese bleibt bestehen. Dort kann ausgiebig Ball gespielt werden. Es kann aber auch auf dem neuen Pausenplatz Ball gespielt werden. Es ist eine Ballspielwand aus Holz angedacht. Es gibt daher genügend Bewegung auf dem Pausenplatz. Das grosse Projekt würde die Bewegungsfreiheit natürlich noch erhöhen, wenn man um die Schulhäusern herum rennen könnte. Aber das ist eine Vision, die man auch schrittweise erfüllen könnte, ohne dies nun mit der grossen Kelle anzubahnen.

Wasser: Das Wasser fliesst nur, wenn ein Kind auf einen Knopf drückt. Es fliesst nicht unendlich. Es sind nicht Mengen und es ist kein Feuerweherschlauch. Das Ganze ist sehr beschränkt, daher ist die Sauerei, die am Ende entsteht, auch beschränkt. Der Redner geht davon aus, dass kein Kind eine Halbestunde den Knopf gedrückt halten wird. Der Leiter Betriebe war bei der Partizipation und den Abklärungen dabei. Der Werkhof weiss, was ihn erwartet und hat die Rahmenbedingungen gesetzt, dass nicht zu viel Aufwand für den Betrieb entsteht. Die Betriebsseite wurde einbezogen. Wieviel es genau kostet, kann der Redner heute Abend nicht beantworten. Termine: Wenn der Kredit heute gesprochen wird, kann nicht sofort gestartet werden. Es braucht eine Planungsphase, Offertphase. Um im Sommer loszulegen, müsste man schon fertige Offerten haben und die Unternehmen müssten bereits bereit stehen, um loslegen zu können. Das ist nicht der Fall. Es braucht den Vorlauf. Es ist angedacht, dass das Projekt im Herbst innerhalb von 3-4 Wochen umgesetzt und der Spielplatz bis Ende Jahr realisiert werden kann.

ABSTIMMUNG

Die Präsidentin lässt zuerst über den Antrag der SVP abstimmen: «Die SVP stellt einen Rückweisungsantrag für obiges Geschäft. Sie verlangt einen neuen Kredit, eine neue Kreditberechnung ohne Wasserspiel für den Pausenplatz Schulanlage Neusatz.»

Rückweisung: 10 JA / 27 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 17)

Antrag der SVP: Überweisung in BPK: 8 JA / 30 NEIN (Abstimmung 18)

Antrag des Gemeinderats: 30 JA / 7 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 19)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat genehmigt einen Kredit für die Erneuerung des Pausenplatzes bei der Primarschulanlage Neusatz in der Höhe von 250 000 Franken (inkl. 7.7% MWST) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10%.

Traktandum 8

Nr. 204

Totalrevision GGA-Reglement, neu Kabelnetzreglement

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Ralph Büchelin, SP erläutert, ein neues Kabelnetzreglement sei nötig. Die technischen und organisatorischen Bedingungen haben sich verändert und müssen angepasst werden. Zum vorliegenden Entwurf sind aber einige Fragen offen. Betreffend Ausbau des Glasfasernetzes ist die Rede von sehr grossen Investitionen. Was für Kosten sind hier zu erwarten? Im Entwurf sind bei 13a unter § 2 die Anschlussgebühren aufgeführt. Für ein Einfamilienhaus kostet der Glasfaseranschluss z.B. 3000 Franken. Also ein recht happiger Betrag. Es wird propagiert, dass mit dem eigenen Kabelnetz verhindert werden soll, dass die Leute z.B. zur Swisscom gehen. Aber ob dies bei diesen Preisen der Fall ist, überlegen sich die Nutzer vielleicht. Als Vergleich: In Basel-Stadt erstellen die IWB eine Glasfaserleitung auf eigene Kosten in die Keller der Gebäude. Eine weitere Frage stellt sich zum 5G-Netz, welches aktuell fleissig ausgebaut wird. Von den Betreibern wird propagiert, dass die Datengeschwindigkeit bei 5G der eines Glasfasernetzes entsprechen würde. Braucht es denn überhaupt ein Glasfasernetz mit entsprechend teurem Unterhalt? Weil noch einige Unklarheiten bestehen, schlägt die SP-Fraktion vor, das vorliegende Geschäft in eine 9er Spezialkommission zu überweisen.

Karl J. Heim, CVP informiert, die CVP stimme dem Antrag des Gemeinderats insofern zu, als dass der Gemeinderat gemäss dem Auftrag der GRPK und mit der Zustimmung des Einwohnerrats ein revidiertes Kabelnetzreglement vorlegen muss. Die Fraktion schliesst sich dem Gemeinderat insofern für eine erste Lesung des Geschäfts an. Sie stimmt der Argumentation des Gemeinderats zu, wonach das aktuelle Reglement seit längerem nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik entspricht und daher revidiert werden muss. Nebenbei bemerkt ist es nämlich so, dass die GRPK diesen Auftrag an den Gemeinderat bereits in ihrem Schlussbericht zur Kündigung des InterGGA-Aktionärsbindungsvertrags als Antrag dem Einwohnerrat vorgelegt hat. Dies war am 26. August 2019. Das Parlament hat dies damals mit einer Frist bis zum 9. Dezember 2019 einstimmig beschlossen. Man ist also heute schon mit einer Verspätung von über 6 Monaten unterwegs und beschlossen ist noch nichts. Der Zeitpunkt für die Revision ist nicht nur geeignet, wie es in den Unterlagen heisst, sondern überfällig. Die CVP stimmt dem Gemeinderat weiter zu, dass durch die Revision des Reglements den Bürgern und Bürgerinnen Binningens ein qualitativ gutes Produkt zu attraktiven Preisen angeboten werden kann. Genauso begrüssen sie, dass künftig die Konkurrenz im Markt spielen wird, indem mehrere Provider auf dem Netz ihre Dienste anbieten können. Inhaltlich denkt die Fraktion, dass die Bestimmungen, die man revidieren muss, keine unüberwindlichen Hindernisse darstellen. Wünschbar ist in jedem Fall eine möglichst rasche Inkraftsetzung des revidierten Reglements und damit eine klare Priorisierung dieses politischen Geschäfts.

Marc Schinzel, FDP teilt mit, auch die FDP habe das Geschäft mit Interesse zur Kenntnis genommen. Sie hat die Vorlage intensiv diskutiert. Es ist offensichtlich, dass das geltende Reglement nicht mehr dem heutigen Stand der Technik entspricht. Da sind sich alle einig, Wenn man nur schon das Jahr 1980 sieht und überlegt, in welchen Internet-Hemisphären man sich heute befindet im Vergleich zu damals. Der Fraktion ist aber auch klar, dass im Rat keine Reglements- resp. Kommissionsberatung stattfinden kann. Das Reglement strotzt naturgemäss von technischen Details und Bestimmungen, die das Verhältnis Gemeinde und Liegenschaftseigentümer usw. oder auch die technischen Installationen betreffen. Es stellen sich in diesem Zusammenhang für die FDP sehr viele Fragen. Z.B: Wo möchte die Gemeinde hin? Was ist die grundlegende Strategie hinter dem Reglement? Das Reglement muss ja auf einer Strategie fussen. Die Strategie kommt für die Fraktion bisher noch zu wenig zum Ausdruck. Sie wissen, dass es heute eine gute Lösung für die EinwohnerInnen von Binningen gibt. Eine günstige Lösung. Aber man muss natürlich in die Zukunft planen. Wie sieht es mit dem Glasfasernetz aus? Ist man genügend offen, dies zu machen? Muss die Gemeinde hier investieren und was? Wie sieht es mit der für die FDP wichtigen Eigentümerfreundlichkeit des Reglements aus? Gibt es andere Lösungen, die allenfalls denkbar wären? Wie sind die Lasten zwischen Gemeinde und Eigentümer bei den Anschlüssen verteilt? Der Votant möchte die Debatte heute nicht im Rat führen. Die Fraktion spricht sich dafür aus, das Geschäft in eine 9er Spezko zu überweisen.

Beatrice Büschlen, Grüne führt aus, auch die Grünen hätten noch einige Fragen. Es beginnt bei den Erläuterungen zum Reglement, geht weiter über die Konkurrenzsituation und hört bei den Preisen auch nicht unbedingt auf. Auch ihre Fraktion ist für eine Überweisung in eine 9er Spezko, idealerweise zusammengesetzt aus Leuten der BPK und GRPK.

Jürg Blaser, SVP äussert, auch die SVP sei der Meinung, dass das Geschäft in einer Spezialkommission behandelt werden sollte.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP möchte nicht lang machen. Der Rat hat den Wunsch, der im Geschäft suggeriert wurde, aufgenommen. Der Gemeinderat konnte dem Parlament nicht vorschreiben, das Geschäft in eine Kommission zu überweisen. Er hat aber geschrieben, dass er die strategischen Unterlagen, die zu Recht verlangt werden, aus Konkurrenzgründen nicht dem Rat ausgehändigen möchte sondern einer Kommission. Sie ist daher sehr einverstanden mit dem Vorschlag, das Geschäft in eine Kommission zu überweisen.

Thomas Häfele, FDP erklärt, die Datenübertragung über Kupferkabel sei nicht mehr zeitgemäss und es brauche eine schnellstmögliche Erschliessung mit Glasfaser in Binningen. Es ist allerdings etwas irritierend, dass es eine Totalrevision eines Reglements und einer Verordnung gibt, ohne dass dem Rat eine Synopse zugestellt wird. Es gibt nämlich substanzielle Änderungen, die in der Vorlage nicht erläutert werden. Nach § 4 des aktuell gültigen GGA-Reglements trägt die Gemeinde die Kosten für die Hauszuleitung. Gemäss beabsichtigtem Reglement § 10 gehen die Hauszuleitung und sämtliche weiteren Kosten neu zu Lasten der Hauseigentümer. Hingegen bleiben die Anlagen im Eigentum der Gemeinde und es verbleiben auch sonst alle Rechte bei der Gemeinde. Das heisst die Gemeinde hat das Recht, die Signallieferung einzuschränken oder einzustellen. Der Eigentümer muss der Gemeinde ein kostenloses Durchleitungsrecht einräumen, das sogar durch die Gemeinde im Grundbuch eingetragen werden kann. Die Eigentümer haben die Installationen zu dulden und der Gemeinde Zutritt zu gewähren. Die Eigentümer haften auch für alle Schäden.

Der Zweckartikel des beabsichtigen Reglements hält fest, dass es ein kostengünstiger Empfang sein soll. Soll der Empfang für die Gemeinde oder auch für die Eigentümer kostengünstig sein? Bei sämtlichen Hauszuleitungen, seien dies Gas, Wasser, elektrisch, Telefon und bisher auch Kabelfernsehen, ist es Usus, dass der Lieferant für die Kosten für Installation und Unterhalt der Zuleitung verantwortlich ist. Neu soll dies in Binningen nicht mehr gelten. Es ist verständlich, dass die Gemeinde aus Wettbewerbsgründen nicht den ganzen Business-Case mit der gesamten Wirtschaftlichkeitsrechnung inkl. Provisionen öffentlich offenlegen will. Trotzdem sollte der Gemeinderat begründen, weshalb gewisse Kosten neu auf die Hauseigentümer überwältzt werden sollen, die bis anhin vom Netzeigentümer getragen wurden. Um die notwendige Vertraulichkeit zu wahren, soll diese Analyse in einer einwohnerrätlichen Spezialkommission durchgeführt werden.

Thomas Hafner, CVP möchte sich kurz zum Votum von Thomas Häfele äussern. Er will sich nicht zu fest behaften, aber bei sämtlichen Werken – was Strom, Swisscom und das bisherige Kabelnetz betraf – musste der Eigentümer heute, wenn er gebaut hat, immer eine Anschlussgebühr bezahlen. Er hat seinen Vorredner so verstanden, dass er meinte, dem sei nicht so. Das war aber bereits bisher so.

ABSTIMMUNG

Überweisung in 9er Spezko: 37 JA (Abstimmung 20)

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird in eine 9er Spezialkommission überwiesen.

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP informiert, das Präsidium der Kommission liege bei der CVP. Die Sitzverteilung sieht bei einer 9er Spezialkommission wie folgt aus: FDP 3 Sitze, SP 2 Sitze, SVP 1 Sitz, Grüne/EVP 2 Sitze, CVP/glp 1 Sitz.

Traktandum 9

Nr. 200

Genehmigung von Abrechnungen diverser Investitionskredite

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Stephan Meyer, FDP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung namens der FDP für den erfreulichen Bericht mit einer Einsparung von rund 640 000 Franken. Dies auf einer Gesamtkreditsumme von 2,9 Mio. Franken. Natürlich nimmt die Fraktion gerne zur Kenntnis, dass so viel Geld eingespart werden konnte. Andererseits stellt sich die Frage, wie es zu einer Budgetabweichung von 22 Prozent kommen kann. Hatte man dieses Mal einfach Glück und muss das nächste Mal eine halbe Million drauflegen? Die FDP bittet den Gemeinderat sicherzustellen, dass der Budgetierung grösstmögliche Aufmerksamkeit geschenkt wird, damit der Rat in Zukunft keine unangenehmen Überraschungen erleben muss. Jetzt aber freut sich die Fraktion über das für Binningen tolle Resultat und stimmt den 6 Anträgen zu.

Roman Oberli, SVP teilt mit, die SVP sei erfreut, dass ausser Nr. 6 «Abwasserleitungsbau Winterhalde» alle Investitionskredite mit Minderkosten abgeschlossen werden konnten. Die Fraktion wird daher allen Anträgen des Gemeinderats folgen.

Beatrice Büschlen, Grüne spricht den Verantwortlichen in der Verwaltung ihren Dank aus für die effiziente Ausführung und Umsetzung. Die Grünen genehmigen alle Abrechnungen mit den Minder- und Mehrkosten.

Erik Schellenberg, SP führt aus, die SP habe die Genehmigung der Abrechnung der Investitionskredite geprüft. Sie ist erfreut, dass der Gemeinderat die Kosten in den meisten Fällen einhalten konnte und z.T. sogar signifikant. Dies ist wahrscheinlich durch die Nutzung von speziell guten Bedingungen und Synergien möglich. Die Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu.

Thomas Hafner, CVP erläutert, auch die CVP danke für die 6 übersichtlichen Schlussabrechnungen. Die Aufstellungen waren wieder tiptopp mit Objektdaten, Geschäftsnummern etc. Man konnte nachschlagen. Die Fraktion nimmt selbstverständlich hochofreut zur Kenntnis, dass die 6 Abrechnungen gesamthaft mit einem Minderaufwand von 22 Prozent gegenüber dem gesprochenen Kredit abgerechnet worden sind. Der Hauptgrund der tiefen Kosten liegt sicher bei den günstigeren Unternehmerofferten aufgrund der Marktsituation. Die Preissituation in der Baubranche ist immer wieder unterschiedlich. Das Preissegment ist für die Branche ungesund tief und wird seit langer Zeit stark umkämpft. Als Gemeinde konnte man von dieser Situation sicher profitieren. Der CVP ist bewusst, dass das Kalkulieren gerade bei Baugeschäften nicht so einfach ist. Sie sind froh, dass die Kosten tiefer aufgefallen sind. Hier nun einfach zu sagen, man habe zu hoch kalkuliert, das glaubt der Votant weniger. An dieser Stelle spricht er dem Gemeinderat und allen verantwortlichen beteiligten Personen in der Gemeindeverwaltung einen speziellen Dank aus. Die CVP genehmigt alle 6 Anträge.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP äussert sich kurz zum Votum von Stephan Meyer bzgl. der möglichen schlechten Budgetierung. Es ist so, wie es Thomas Hafner erläutert hat. Wenn der Gemeinderat einen Kredit beantragt, dann macht er dies nicht gestützt auf konkrete Offerten sondern gestützt auf Kostenvoranschläge. Es kann sein, dass es später einerseits noch Synergien gibt, die sich zum Zeitpunkt des Einholens des Kostenvoranschlags noch nicht abgezeichnet haben, andererseits ist es tatsächlich so, dass die Offertsituation eine entscheidende Rolle spielt. Man hatte hier Glück. Es kann in der Tat auch einmal in die andere Richtung gehen. Sie möchte es nicht verschreien. Das sind zwei Faktoren, die ganz schwierig sind. Die Gemeinde versucht, so gut wie möglich zu budgetieren, aber diese beiden Unsicherheiten können nicht eliminiert werden. Hier war es zu unseren Gunsten. Das nehmen wir gerne mit.

Daniel Zimmermann, FDP erklärt, letztlich seien es alles Vorlagen aus den Jahren 2016/17/18. Er ist sehr froh, dass im Rat einmal die Diskussion über die Kostengenauigkeit von Krediten geführt und festgestellt wurde, dass dem Parlament nur noch Kredite mit einer Genauigkeit von +/- 10 Prozent vorgelegt werden. Dies scheint ihm matchentscheidend. Hier werden Abrechnungen vorgelegt, die im Schnitt 22 Prozent daneben liegen. Selbstverständlich kann man nichts gegen diese Abrechnung haben. Letztlich handelt es sich um Minderausgaben von 650 000 Franken. Aber er spricht die Professionalität des Ingenieur- und Architektenberufs heutzutage an, die sowohl branchen- wie auch corona-bedingt immer noch

in der Lage ist oder wäre, solche Kostenvoranschläge mit einem gewissen Genauigkeitsgrad zu erarbeiten. Das wünscht sich der Redner in Binningen auch wieder. Dies hatte man einmal in den 80er Jahren.

ABSTIMMUNG

- Antrag 1: 38 JA (Abstimmung 21)
- Antrag 2: 38 JA (Abstimmung 22)
- Antrag 3: 38 JA (Abstimmung 23)
- Antrag 4: 38 JA (Abstimmung 24)
- Antrag 5: 38 JA (Abstimmung 25)
- Antrag 6: 38 JA (Abstimmung 26)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung «Abwasserleitungsbau Gärtnerstrasse/ Schafmattweg» mit Gesamtkosten von CHF 363 563.25 und Minderkosten von CHF 186 436.75.
 - ://: 2. Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung «Strassenerneuerung Gärtnerstrasse» mit Gesamtkosten von CHF 132 208.10 und Minderkosten von CHF 137 791.90.
 - ://: 3. Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung «Hochwasserschutz Dorenbach, Abschnitt Stamm-Areal» mit Gesamtkosten von CHF 246 727.23 und Minderkosten von CHF 29 272.77.
 - ://: 4. Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung «Strassenkorrekturen im Gebiet Dorenbach» mit Gesamtkosten von CHF 935 567.65 und Minderkosten von CHF 259 432.35.
 - ://: 5. Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung «Ersatz Abwasserdüker Gorenmatt» mit Gesamtkosten von CHF 253 753.17 und Minderkosten von CHF 36 246.83.
 - ://: 6. Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung «Abwasserleitungsbau in der Winterhalde» mit Gesamtkosten von CHF 333 548.79 und Mehrkosten von CHF 7 148.79.
-

Traktanden 10-17

BESCHLUSS

- ://: Verschieden.
-

Nr. 209

Dringliche Interpellation S. Abt, SP: Plakatierung an Gemeindestandorten

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP möchte vor der Beantwortung etwas vorweg schicken. Es wurde darüber diskutiert, ob in Binningen weiterhin Wildplakatierung möglich sein soll oder nicht. Der Gemeinderat hat sich Gedanken gemacht, wie man eine organisierte Plakatierung sicherstellen kann, in-

dem man an verschiedenen Orten Plakate organisierte und definierte. Was der Gemeinderat nun zusammen mit der Verwaltung feststellt, ist, dass es mehr Sonder- als Normalfälle gibt. Es gibt gewisse Dinge, bei denen man sich, wenn man sich in einem Gespräch darüber unterhalten würde, aus dem gesunden Menschenverstand heraus sofort einig wäre. Es soll aber peinlichst verhindert werden, dass es wegen eines Missverständnisses oder unterschiedlichen Ansichten zum Aufhängen der Plakate am Schluss unschöne Situationen gibt. Aus diesem Grund hat er mit der Verwaltung abgemacht, dass man versucht, alle Varianten von Plakatierungen, die stattfinden können, zu Papier zu bringen. Das heisst Wahlen und Abstimmungen miteinander, Abstimmungen kommunal, kantonal und eidgenössisch, Abstimmungen zu Komitee-Vorlagen etc. Dies wird den Parteien zum Gespräch vorgelegt. Anhand des Gesprächs wird eine Bereinigung vorgenommen und anschliessend eine Vernehmlassung bei den Parteien durchgeführt, damit man zum Schluss ein Dokument hat, auf welches sich alle verlassen können und bei dem man sagen kann: Mit heutigem Wissen und Erfahrung stimmt dies für uns.

Es wird nicht reichen, dies fertigzustellen bevor die Plakate für die Abstimmung vom 27. September eingereicht werden müssen. Von den zwei bereits erfolgten Abstimmungsterminen weiss man, es braucht immer einen gewissen Vorlauf. Einerseits für die Parteien, um die Plakate zu bestellen, andererseits danach auch für die Firma, um diese entsprechend aufzuziehen und bereitzumachen. Aus diesem Grund wurde mit der Verwaltung abgemacht, dass noch vor den Sommerferien ein Schreiben an alle Parteien verschickt wird, in welchem aufgezeigt wird, welche Möglichkeiten es für den 27. September gibt und wie man es dort Punkto Plakatierung machen möchte. Es ist dem Votanten ein grosses Anliegen, dass das, was jetzt für den 27. September kommuniziert wird, nicht in Stein gemeisselt ist. Man kann dies danach, wenn alle Varianten miteinander diskutiert wurden für die Zukunft korrigieren und auch aus dieser Erfahrung auf den Weg nehmen. Was viel wichtiger ist: Alle Parteien brauchen den Vorlauf und die Planungssicherheit. Daher braucht es vor den Sommerferien eine Information. Von wie vielen Plakaten wird gesprochen? Welche Möglichkeiten bestehen? Und wann muss was geliefert werden?

1. Wie verhält es sich bei Gemeinde-, Kantons-, Bundesvorlagen? Gibt es eine Priorisierung zugunsten der lokalen Abstimmungen?

Auf jeden Fall. Abstimmungen, die in Binningen stattfinden, d.h. kommunale Abstimmungen, sollen sicher den Vorrang erhalten. Das ist auch das, was uns am meisten bewegt. Hingegen bzgl. eidgenössisch und kantonal ist im Hinblick auf den 27. September keine Priorisierung oder Vorzug vorgesehen. Es stellt sich viel mehr die Frage – dies ist ein Erfahrungswert, den man für den 27. September gewinnen muss. Es gibt doch einige übergeordnete Abstimmungen, die stattfinden. –: Wie viele Parteien werden den Wunsch haben, dazu ein Plakat aufzuhängen? Das kann die Gemeinde nicht im Voraus planen. Es kann sein, dass von mehreren Parteien zu mehreren Abstimmungen etwas kommt. Es kann aber auch sein, dass kein Plakat oder vielleicht nur ein zusätzliches kommt. Das hat schlussendlich eine Auswirkung auf die Standorte und die Anzahl Plakate, die aufgehängt werden können. Daher wird auf jeden Fall diesbezüglich eine Anfrage vorgenommen. Wer möchte für welches Abstimmungsthema ein Plakat einreichen? Damit man anschliessend weiss, wieviel Platz benötigt wird und wie die Verteilung erfolgen soll.

2. Findet zwischen Vorlagen auf derselben Ebene eine Priorisierung statt? Wenn ja, nach welchen Kriterien?

Mit dem heutigen Wissensstand: Nein. Es soll, wenn es auf der Ebene Gemeinde, Kanton oder Bund Abstimmungen gibt, vom Gemeinderat oder von der Verwaltung keine willkürliche Priorisierung geben. Das Ziel muss sein, dass für die Plakate, bei denen ein Bedürfnis der Parteien da ist, etwas aufzuhängen, ein entsprechender Platz gefunden wird. Schliesslich wollte man nicht das Plakatieren verhindern. Man wollte einfach nicht mehr, dass dies wild passiert sondern dass es koordiniert passiert. Aus diesem Grund muss es weiterhin möglich sein, dass die politischen Interessen bei Abstimmungen und Wahlen in Form von Plakaten sichergestellt werden können.

3. Haben die Ortsparteien einen Einfluss auf die Aushänge zu Sachvorlagen?

Grundsätzlich organisiert die Verwaltung den Aushang. Diesbezüglich war der Gemeinderat der Meinung, dass es, wenn geregelt ist, wie es ablaufen soll, keine Einflussnahme geben soll. Es soll danach nach diesem Prozess ablaufen und die Gemeindeverwaltung soll sich um die Umsetzung kümmern.

4. *Darf davon ausgegangen werden, dass zu jeder Abstimmungsvorlage an den Gemeindestandorten gleichviel Ja- und Nein-Plakate zu hängen kommen, dies unabhängig davon, wie viele Parteien oder anderen Gruppierungen Anspruch auf Plakatfläche erheben? Wer nimmt die Aufteilung der verfügbaren Flächen unter den Interessenten vor?*

Das ist, auch wenn es ein einfacher Satz ist, die schwierigste Lösung. Die Anwesenden mögen sich erinnern, als die Wildplakatierung möglich war, hatten die, die zuerst waren, die schönsten oder die besten Plätze. Zum anderen konnte es passieren, dass mehrere Parteien Pro waren und es daher zum Pro mehrere Plakate gab und beim Contra desgleichen. Wenn nun die Gemeinde hingeht und sagt, wenn es zwei Lager gibt, ein Pro und ein Contra, dann müssen die Parteien für eine Abstimmung fusionieren – die, die Ja sagen möchten, müssen kreativ miteinander ein Ja-Plakat machen und die anderen miteinander ein Nein-Plakat –, dann wird etwas eingeschränkt, dass zum Schluss auch politisch empfindlich ist. Aber, dies ist dem Gemeindepräsidenten ein Anliegen, wenn man das Thema der Bodeninitiative nimmt, das ist ja die Abstimmung, die am 27. September vor der Tür steht, dann haben sich dort zwei Komitees gebildet. Ein Pro- und ein Contra-Komitee. Die Idee bei der Vorbereitung der Flächen war, dass es gleich viel Plakate des einen und des anderen Komitees gibt. Das soll für diese Abstimmung so gehandhabt werden. Er hat eingangs erwähnt, dass man dies danach langfristig miteinander ausdiskutiert muss. Wenn es hier andere Schlüssel oder andere Lösungen gibt, müssen diese wohlweislich überlegt werden und man muss miteinander zu einem Schluss kommen. Aber für die Abstimmung vom 27. September würde die Gemeinde den Platz für das Pro- und Contra-Komitee vorsehen und dort auf jeden Fall peinlich genau darauf achten, dass es gleich viele Plakate sind. Am liebsten soll immer dort, wo ein Pro-Plakat steht auch ein Contra-Plakat stehen.

Wer nimmt die Aufteilung der Flächen vor? Die Idee war, dass dies die Gemeindeverwaltung macht. Das kann sie aber erst tun, wenn die Rückmeldungen der Parteien vorliegen, weil es im Augenblick noch nicht ganz klar ist, wie dies gehandhabt wird, wenn von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungsthemen ebenfalls Plakate kommen. Wenn der Gemeindepräsident etwas in die Zukunft blickt: Was sich der Gemeinderat gewünscht hat und woran er immer noch arbeitet, ist, dass man nicht statische Plakatstände im klassischen Sinn hat, sondern die moderne Technik nutzen kann, d.h. dass die Plakate in Form von Grossanzeigen elektronisch gezeigt werden können. Dann ist man viel flexibler, was die Anzahl betrifft. Die Bilder wechseln und wenn es mehr Plakate gibt, dann laufen mehr durch, und wenn es weniger hat, dann wiederholt sich dies rascher. Das ist mit den Papierplakaten etwas schwieriger. Aber, damit man dies auch finanzieren kann, wurde bis jetzt noch keine Lösung gefunden, die kurzfristig so umgesetzt werden könnte. Man wird also sicher in einer ersten Phase weiterhin im klassischen Stil mit den Plakatständen operieren müssen.

Interpellantin Simone Abt, SP möchte für die Ausführungen danken. Es zeigt eindeutig, dass das Thema a bekannt ist, b ernst genommen wird und insbesondere c auch die kommende Abstimmung durchaus ein Thema war. Sie hat es so verstanden und geht davon aus, dass nebst Ja und Nein keine weiteren Organisationen Plakate platzieren werden. Ohne irgendetwas in Stein zu meisseln für die kommende Zukunft. Aber dies sei hier einmal klar gestellt, das ist gut. Für das, was jetzt bekannt ist, ist sie durchaus zufrieden. Vielen Dank. Sie ist gespannt, was noch kommt. Dass es eine absolute Sisyphusarbeit ist, hier eine faire Variante zu finden, war hinreichend erkennbar, wenn man zugehört hat.

BESCHLUSS

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Diversa

Einwohnerratspräsidentin Susanna Keller, SVP erklärt, sie sei sehr gerne Einwohnerratspräsidentin gewesen. Ausser Sitzungen zu leiten, hatte sie vielfältige Einsätze und Arbeiten, die ihr alle sehr gut gefallen und Freude bereitet haben. Es war ihr eine grosse Ehre, ein Jahr lang höchste Binningerin sein zu dürfen. Sie nahm an einigen auswärtigen Anlässen teil, durfte die 1. August-Rede halten, was für sie eine grosse Herausforderung war, ein Buch vorstellen, Essen gehen, im Gemeinde-TV, an der ARTE und auch im Binninger Anzeiger auftreten. Sie hat alles gerne gemacht. Als diplomierte Schiffsführerin hat sie auf die See und Mannschaft geschaut und den einen oder anderen bei der Redezeit halt etwas eingeschränkt. Sie glaubt aber, dass das Boot Kurs gehalten hat trotz manchem Wind und Wellen. Es gab manchmal etwas backbord oder steuerbord zu lenken und die Mannschaft hat toll mitgemacht. Wir sind gut steuerbord mit einem Mastwurf gelandet. Das Gleiche wünscht die Votantin auch dem neuen Einwohnerratspräsidenten oder der neuen -präsidentin. Das weiss man ja noch nicht. Er oder sie soll schauen, dass immer eine Hand voll Wasser unter dem Kiel ist, es keine Havarie gibt und das Wetter genau beobachten.

An die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen gerichtet äussert die Präsidentin, sie haben dazu beigetragen, dass es ein gutes Ratsjahr war, obwohl die Corona-Krise den Einwohnerrat in Geschäftsrückstand gebracht hat und es heute Abend nicht einmal einen Apéro gibt. Das ist aber nicht so schlimm. Denn am 12. September um 15 Uhr wird der Einwohnerratsausflug nachgeholt und die abtretenden Mitglieder werden gebühlich und ehrenvoll verabschiedet. Die Einladung ist bereits bereit und wird morgen verschickt. Heute Abend werden die scheidenden Mitglieder dennoch in einer kurzen Zeremonie verabschiedet und erhalten ihren Gutschein. Sie dankt an dieser Stelle ganz herzlich allen abtretenden Ratsmitgliedern. Sie haben viel für Binningen geleistet. In ihren Voten war Elan. Sie wollten etwas erreichen, haben dem Kronenmattsaal mit ihrer Stimme erfüllt und standen auch auf der Strasse und haben Unterschriften gesammelt. Sie wollten, dass es Binningen gut geht. Jeder, der nachher mit Namen aufgerufen wird, hat viel für Binningen geleistet und ein riesen Dankeschön verdient. Sie bittet die Aufgerufenen, sich vorne in einem 2 Meter Abstand aufzustellen. Sie erhalten anschliessend ihren Gutschein und einen gebührenden Applaus.

Verabschiedet wird Gemeinderat Christoph Anliker. *[Applaus]*

Weiter werden Einwohnerräte verabschiedet, die wegen der Amtszeitbeschränkung nicht mehr im Rat bleiben dürfen. Dies sind Peter Heiz *[Applaus]*, Gaida Löhr *[Applaus]*, Pascal Treuthardt *[Applaus]* und Urs Weber *[Applaus]*.

Zudem werden weitere Einwohnerratsmitglieder verabschiedet. Dies sind Urs Brunner *[Applaus]*, Beatrix Bürgin *[Applaus]*, Karl J. Heim *[Applaus]*, Davide Lagger *[Applaus]*, Katharina Macina *[Applaus]*, Paul Schlup *[Applaus]* und Brigitte Strondl *[Applaus]*. Auch Irene Karoussos wäre heute verabschiedet worden. Sie ist aber nicht anwesend, bekommt ihren Gutschein aber zugeschickt. Auch ihr dankt die Präsidentin herzlich und bittet nochmals um einen grossen Applaus für alle. *[Applaus]*

Die Präsidentin freut sich sehr darauf, den einen oder anderen einmal wieder zu treffen und spontan ein Kaffee trinken zu gehen. Das wäre schön.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP möchte das Geheimnis zu dem Säckchen lüften, dass die Anwesenden heute Abend auf ihren Plätzen vorgefunden haben. Der Gemeinderat wollte sich bei den Ratsmitgliedern mit einem Lachen, mit einem fröhlichen Gesicht für die vergangenen vier Jahre bedanken. In gewissen Diskussionen hat man sich nicht immer mit diesem Lächeln angeschaut, aber das gehört dazu. Man soll unterschiedlicher Meinung sein. Man darf in der Politik fighten. Man muss, und das ist genauso

wichtig, einen Sieg wie eine Niederlag entsprechend hinnehmen können und das nächste Mal wieder auf der grünen Wiese mit geeinten Kräften starten. Der Gemeinderat möchte sich ganz herzlich bedanken für die konstruktive Arbeit. Der Gemeindepräsident bedankt sich ganz speziell bei der Präsidentin. Er fand, sie hat es ganz toll gemacht. Merci. *[Applaus]*

Vizepräsident Stephan Appenzeller, SP möchte auch noch einige Worte an die Präsidentin richten, bevor sie zu ihrem Schlussvotum ansetzt und die Sitzung beendet. Sie hat den Einwohnerrat ein Jahr geleitet und den Anwesenden gesagt, wie der Hase läuft. Seine Zeit als Vizepräsident war recht kurz, aber er war auch im Plenum unten und konnte von dort einen Eindruck gewinnen, wie sie ihren Job gemacht hat. Er hat aber auch etwas recherchiert und Fakten zusammen getragen. Echte Fakten, keine Fake News. Der Redner dankt Dr. Google und dem Internet dafür. Das kam dabei heraus:

In ihrem Präsidialjahr hat Susanna Keller 7 Sitzungen geleitet. Es war eine weniger als geplant. Corona hat ihr einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die 8. Sitzung musste abgesagt werden. Insgesamt hat sie während der 7 Sitzungen gut 20 Stunden auf dem Podium den Takt geführt mit dem Zepter in der Hand oder mit der Kuhglocke, die daran erinnert, dass Binningen einmal eine Bauerngemeinde war. In diesen gut 20 Stunden hat sie über 50 Geschäfte erfolgreich zum Abschluss gebracht. Genehmigungen, Rückweisungen, Überweisungen an Kommissionen, Abschreibungen und Ablehnungen. Es war alles dabei. In diesen 50 Geschäften sind die Genehmigung von Traktandenlisten und solche Sachen nicht eingerechnet. Die heutige Sitzung war eine Spitzenleistung. Man merkt ein Jahr Erfahrung. Es war erstens die längste der 7 Sitzungen und auch die mit den meisten erfolgreich abgeschlossenen Geschäften. Die meisten 38 zu 0. Der Votant glaubt, man müsste weit in der Geschichte zurückschauen, wann es das letzte Mal so etwas gegeben hat. Sie hat also im Durchschnitt etwas alle 24 Minuten ein Geschäft erfolgreich unter Dach und Fach gebracht. Er hat keine statistische Auswertung in der Vergangenheit der anderen 47 Jahre Einwohnerrat in Binningen gemacht. Man möchte ja niemanden bloss stellen. Er denkt aber, es war eine super Leistung, die man ihr erst einmal nachmachen muss. *[Applaus]*

Die Frage ist natürlich, wie Susanna Keller das geschafft hat. Hier hat er sich erlaubt beim eigentlichen Vizepräsidenten dieses Amtsjahrs Philippe Spitz, der heute nicht dabei sein darf, nachzufragen. Er hat dem Votanten genau das gesagt, was er auch beobachtet hat. Er meinte, sie sei immer bestens und sorgfältig vorbereitet gewesen. Sie hat immer alle Eventualitäten einbezogen. Gerade bei 3 bis 4 Varianten für Abstimmungen, diese vorher alle durchgedacht und auch in den letzten schwierigen Monaten unter Corona die Haltung nicht verloren. Sie hat die Sitzungen immer mit freundlichen Worten und umsichtig geleitet und sich selbst nicht in den Vordergrund gestellt ausser bei den zwei Stichentscheiden. Diese seien ihr für einmal vergeben. Sonst hat sie sich immer selbst zurückgenommen und sich in den Dienst der Sache und des hohen Amts gestellt. Dafür und für ihr Engagement möchte nicht nur Philippe Spitz sondern auch der Redner ihr danken. Er denkt, das ganze Plenum wird sich bei diesem Dank anschliessen und freut sich aber auch, dass Susanna Keller in der nächsten Legislatur wieder dabei ist und sich befreit von diesem Amt auch wieder inhaltlich einbringen darf. Vielen Dank! *[Applaus]*

Präsidentin Susanna Keller, SVP bedankt sich bei Stephan Appenzeller für die nette Rede und bei allen Anwesenden für die grosse Mitarbeit hier im Einwohnerrat. Sie wünscht allen einen schönen Abend und schliesst die zwölfte Legislatur um 22.23 Uhr.

ER-Sitzung vom 15. Juni 2020

			Gesch. Nr. 209	Traktandenliste	Gesch. Nr. 198							
			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
			Dringlichkeit Interpellation S. Abt	Änderung Reihenfolge	Genehmigung Leistungsberichte	Genehmigung Globalrechnungen der Produktgruppen	Genehmigung Positionen ausserhalb Globalrechnung	Genehmigung Laufende Rechnung 2019	Genehmigung Vorfianzierung für Hallenbadsanierung und Werhof Neubau	Genehmigung Einlage in finanzpolitische Reserve	Ergebnisverwendung: Verrechnung mit Bilanzüberschuss des Eigenkapitals	Genehmigung Bilanz 2019
Nr.	Name	Fraktion										
1	Büschlen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Hauri	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
4	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
6	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Benthaus	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Lagger	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Macina	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Amacker	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Hafner	CVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Heim	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Frauchiger	FDP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Häfele	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Heiz	FDP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Inäbnit	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Karoussos	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
26	Maier	FDP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Meyer	FDP	Not voted	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Sala	FDP	Not voted	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Schinzé	FDP	Not voted	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Setz	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Zimmermann	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Blaser	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Bürgin	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Schlup	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
TOTAL												
Ja			25	35	38	37	38	37	38	38	37	38
Nein			7	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Enthaltungen			3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
			35	35	38	37	38	37	38	38	38	38

ER-Sitzung vom 15. Juni 2020

			Gesch. Nr. 141				Gesch. Nr. 208		Gesch. Nr. 206			Gesch. Nr. 204
			11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
Nr.	Name	Fraktion	Antrag Spezko:				Abschreibung Postulat 148/XII	Abschreibung Motion 159/XII	Rückweisung an GR	Überweisung in BPK	Genehmigung Investitionskredit	Überweisung in 9er Spezko
			Verzicht auf nochmalige Lesung der Synopse	Genehmigung der in §4.4-a c aufgeführten Sachgeschäfte durch ER	Auftrag an GR: bei Revision GO Anpassung von §21	Schlussabstimmung: Genehmigung Vertrag						
1	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
2	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
3	Hauri	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
4	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
5	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
6	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
7	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
8	Benthaus	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
9	Büchel	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
10	Lagger	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
11	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
12	Macina	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
13	Müller	SP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
14	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Not voted
15	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
16	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
17	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
18	Amacker	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
20	Heim	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
21	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
22	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
23	Heiz	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
24	Inäbni	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
25	Karoussos	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
26	Maier	FDP	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
27	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
28	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
29	Schinzel	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
30	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
31	Treuthardt	FDP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja
33	Blaser	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
34	Brunner	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
35	Bürgin	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
36	Fankhauser	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
37	Keller	SVP	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
38	Oberli	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
39	Schlup	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
40	Weber	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
TOTAL												
Ja			34	30	29	29	37	38	10	8	30	37
Nein			1	7	7	7	0	0	27	30	7	0
Enthaltungen			2	1	2	1	0	0	1	0	1	0
			37	38	38	37	37	38	38	38	38	37

ER-Sitzung vom 15. Juni 2020

			Gesch. Nr. 200					
			21	22	23	24	25	26
Nr.	Name	Fraktion	Abrechnung Abwasserleitungsbau Gärtnerstrasse/ Schafmattweg	Abrechnung Strassenerneuerung Gärtnerstrasse	Abrechnung Hochwasserschutz Dorenbach, Abschnitt Stamm-Areal	Abrechnung Strassenkorrekturen im Gebiet Dorenbach	Abrechnung Ersatz Abwasserdrücker Gorenmatt	Abrechnung Abwasserleitungsbau in der Winterhalde
1	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Hauri	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
4	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Benthäus	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Lagger	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Macina	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Amacker	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Heim	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Heiz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Karoussos	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
26	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Schinzel	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Schlup	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
TOTAL								
Ja			38	38	38	38	38	38
Nein			0	0	0	0	0	0
Enthaltungen			0	0	0	0	0	0
			38	38	38	38	38	38